

DISPUT

ISSN 0948-2407 | 67485

MITGLIEDERZEITSCHRIFT DER PARTEI DIE LINKE
APRIL 2 EURO

Europa

So wollen wir die Europäische Union sozialer und gerechter machen: Die wichtigsten Punkte unseres Programms für die Europawahlen im Mai auf einen Blick. 6

Konferenz

Turbulente Zeiten: Auf der Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz in der Alten Parteischule von Erfurt standen die kommenden Wahlkämpfe im Mittelpunkt. 10

Islam

Unsere Autorin meint, dass DIE LINKE keine Angst haben sollte vor Kritik an islamischen Strömungen, die reaktionär, frauenfeindlich und homophob sind. 18



Gregor Gysi als Redner auf der Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz in Erfurt

Foto: Martin Heinlein



Nun wird es langsam Frühling. Ob auf den meteorologischen und kalendarischen auch ein politischer Frühling folgt, wird sich Ende Mai zeigen, wenn die Ergebnisse der Europawahlen feststehen. Allgemein wird ein weiterer Rechtsruck befürchtet. Doch DIE LINKE hat sich programmatisch und personell gut aufgestellt. Unsere

neun wichtigsten Punkte für ein soziales Europa haben wir auf den Seiten 6 und 7 zusammengefasst. Wenn DIE LINKE ein gutes Ergebnis erzielen soll, brauchen wir viele Freiwillige, die auf öffentlichen Plätzen und in Fußgängerzonen für unser Programm werben. Für alle Interessierten gab es auf der Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz wertvolle Tipps für den Wahlkampf (Seiten 1 und 11). Zudem schauen wir zurück auf die Verleihung des diesjährigen Clara-Zetkin-Frauenpreises und stellen die Gewinnerinnen vor (Seite 12 und 13). Zudem lässt der DISPUT den Internationalen Frauenkampftag noch einmal in einer Bilderstrecke Revue passieren (Seite 14 und 15). In einem Debattenbeitrag erläutert eine Studentin der Islamwissenschaft ihre provokante These, wonach DIE LINKE den Islam zu undifferenziert gegen Angriffe schützt und somit auch die

Fundamentalisten (Seite 18 und 19). Die Entscheidung des EU-Parlaments zur Urheberrechtsreform und zu Uploadfiltern liegt erst wenige Tage zurück. Auf den Seiten 22 und 23 wird erklärt, warum DIE LINKE sich so vehement gegen die Reform gestemmt hat und auch im Parlament konsequent mit Nein votierte.

Thomas Lohmeier ist Leiter des Bereichs Bürgerdialog, Medien und Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN in Berlin

DISPUT 04/2019
VOR-GELESEN VON THOMAS LOHMEIER

AKTIVIEREND

So begrüßen wir neue Mitglieder **4**

WAHLPROGRAMM

Unsere Bausteine für ein soziales Europa **6**

PARTEITAGSREDE

Dietmar Bartsch sieht DIE LINKE als Avantgarde **8**

TREFFEN IN ERFURT

Auf der Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz **10**

CLARA-ZETKIN-PREIS

Verleihung des Frauenpreises der LINKEN **12**

8. MÄRZ

Beginn einer neuen Feminismus-Welle **14**

ERZIEHUNG

Wie sage ich es meinen Kindern **16**



JEDEN MONAT
AUS DEM HAUS 5
PRESSEDIENST 24
DAS KLEINE BLABLA 25
FEUILLETON 27
NEU IM KINO 29
KULTUR 30
APRILKOLUMNE 31

FRIDAYSFORFUTURE

Mehr als 20.000 beim Klimastreik in Berlin **17**

ISLAM

DIE LINKE macht es sich zu einfach **18**

WESTSAHARA

Afrikas letzte Kolonie **20**

EU-PARLAMENT

Warum DIE LINKE gegen die Urheberrechtsreform stimmte **22**

KRASSE ZEITEN

Die Frühlingsakademie der LINKEN **26**

GESCHICHTE

Die Niederschlagung der Münchener Räterepublik **28**

Foto: Bianca Theis

IMPRESSUM DISPUT ist die Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE, herausgegeben vom Parteivorstand, und erscheint einmal monatlich über Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin **REDAKTION** Fabian Lambeck, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: 030 24009510, disput@die-linke.de **GRAFIK UND LAYOUT** Herbell, Berlin **DRUCK** EVERSFRANK BERLIN GmbH | Ballinstraße 15 | Postfach 470355 | 12359 Berlin **ABOSERVICE** Neues Deutschland, Druckerei und Verlag GmbH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon: (030) 29 78 18 00 **ISSN** 0948-2407 **REDAKTIONSSCHLUSS HEFT 4:** 29.03.2019. DISPUT 5/2019 erscheint am 30.04.2019.

Martin, was ist für Dich links?



Foto: privat

Eine Richtung. **Was hat Dich in letzter Zeit am meisten überrascht?** Dass trotz all der angeblichen Verrohung und Spaltung die Menschen doch recht hilfsbereit und nett miteinander umgehen. Aber natürlich gibt es Arschlöcher. Da muss man nur in die Nachrichten schauen. Das Gute ist aber, für jedes Arschloch auf dem Planeten gibt es mindestens einen, der das wieder ausgleicht. **Wenn Du Parteivorsitzender wärst ...** habe ich auch eine Parteivorsitzende, mit der ich dann den sozialistischen Bruderkuss wieder einführe, wenn sie nichts dagegen hat. Und danach bilde ich ein Gremium zur Umbenennung dieser veralteten Bezeichnung. Wenn jemand gute Vorschläge hat – her damit! **Was regt Dich auf?** Das Framing und Wording der Medien. Obwohl ich zugeben muss, dass ich von Deutschlandfunk und NDR Info sehr angetan bin. Radio ist halt noch immer das beste Medium. Wir sollten daher das herkömmliche Fernsehen abschaffen. **Wovon träumst Du?** Dass wir das Ökosystem unseres Heimatplaneten retten und die Menschheit vereinen. Und so zu einer multiplanetaren Spezies aufsteigen. Da draußen nämlich gibt es 400.000.000.000 Sterne (Sonne) und deren umkreisende Planeten zu entdecken. **Wovor hast Du Angst?** Dass wir es nicht schaffen, in den kommenden 11 Jahren unsere Heimat vor der sich anbahnenden drastischen Klimaveränderung zu bewahren. Hier muss in Deutschland schleunigst mit Vorbildcharakter gehandelt werden. Auch auf Kosten der Wirtschaft. **Wie lautet Dein Lebensmotto?** Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. **Du bist seit einigen Monaten Parteimitglied. Ein erstes Fazit ...** Die Partei DIE LINKE ist ein intellektuell anspruchsvoller Verein. Das gefällt mir. Und hier in Rostock gibt es auch viele nette und hilfsbereite Rentner. Mir gefallen die Geschichten bei Kaffee und Kuchen aus dem letzten Jahrhundert.

Martin Raspe ist Monteur und Mitglied der LINKEN in Rostock

DISPUT fragt jeden Monat ein Mitglied unserer Partei nach dem vollen Ernst im richtigen Leben.

»Das freut mich wie Bolle!«

Ein Team aus der Bundesgeschäftsstelle hat auf dem Europaparteitag aktivierend nachgefragt: Wie begrüßt ihr neue Mitglieder in eurem Kreisverband? **VON ROBERT MARUSCHKE**



Foto: Martin Heinlein

Das Team auf dem Europaparteitag war vorbereitet. Flyer, Poster, Sticker, Broschüren, Couch, Snacks – und ein Gesprächsleitfaden. Gesprächsleitfaden? Das Team »Stand Bundesgeschäftsstelle« hat sich schon vor dem Parteitag entschieden, aktiv auf Delegierte sowie Vertreterinnen und Vertreter zuzugehen und sie anzusprechen. Wir waren interessiert an der Situation in den Kreisverbänden und die Reaktionen unserer Genossinnen und Genossen waren durchweg positiv. »Das freut mich wie Bolle«, entgegnete uns einer. Er begrüßte es aus vollem Herzen, dass wir unsere Komfortzone verließen und den Kontakt suchten. Und auch wir haben nach jedem Gespräch gemerkt, wieso der persönliche Kontakt so wichtig ist. Denn auch wenn es jedes Mal eine große Überwindung ist, aktiv auf Menschen zuzugehen, erfahren wir fast immer Dinge, die für uns bisher unsichtbar waren. Es sind Einblicke in den Alltag, die uns die Welt verstehen und unsere Strategie besser ausrichten lassen. Wenn wir Menschen mit ehrlichem Interesse begegnen, geht eine politische Tür auf.

So erzählten uns viele, dass sie Neumitglieder regelmäßig anrufen und zu verschiedenen Veranstaltungen oder Treffen einladen, dass sie

den persönlichen Kontakt für das Wichtigste in der politischen Arbeit halten und dass sie damit großen Erfolg haben. Andere, egal ob Ost oder West, jung oder alt, berichteten aus ihrer täglichen Praxis. Wir haben von uns bisher unbekanntem Erfolgen und einigen Problemen gehört, wir konnten Anregungen für die Praxis geben und auf unsere Angebote verweisen.

Wir haben 78 Personen angesprochen, 60 Gespräche geführt und 25 Kontakte für eine weitere Zusammenarbeit ausgetauscht. Eine solche systematische Auswertung ist wichtig, weil sie uns mittelfristig eine Datengrundlage für politische Auseinandersetzungen liefert. Denn letztlich sind persönliche Gespräche kein Selbstzweck. Wir führen sie mit Neumitgliedern, um sie aktiv einzubeziehen und es ihnen zu ermöglichen, Verantwortung zu übernehmen – damit DIE LINKE ihre Partei wird. Wir führen sie in Kampagnen, in Modellprojekten und im Wahlkampf, um Interessierte zu ermutigen, mit uns zusammen zu kämpfen. Wären aktivierende Gespräche flächendeckend Teil unserer Mitgliederbetreuung, DIE LINKE hätte jetzt schon 100.000 Mitglieder. Sie sind Teil unserer Politik im Stadtteil, im Dorf oder in den Betrieben.

Aktivierende Gespräche folgen dem einfachen Muster, dass wir wesentlich mehr zuhören, als wir selbst reden. Was bewegt mein Gegenüber, was ist ihr/ihm wichtig? Wir betrachten jedes Gespräch als Beginn einer hoffentlich langen Zusammenarbeit und begegnen den Menschen mit ehrlichem Interesse. Auf diesem Wege bauen wir Vertrauen und ein solides Fundament für LINKE Politik auf. So wie jedes Gespräch mit einer interessierten Frage beginnt, so endet es mit der Frage nach dem Kontakt, schließlich wollen wir mit der Person wirklich zusammenarbeiten. Stellt euch vor, was euer Kreisverband mit 5, mit 10 oder mit 20 neuen aktiven Mitstreiterinnen und Mitstreitern schaffen könnte.

Aktivierende Gespräche sind aber nicht nur erfolgreich, sie machen allen Beteiligten auch Spaß. Neele, eine Praktikantin der Bundesgeschäftsstelle, brachte ihre Erfahrungen am Sonntagabend auf den Punkt: »Die vielen Begegnungen haben mich sehr gefreut. Jedes Gespräch hat mir gezeigt, wie gut aktivierende Arbeit ankommt.« ◀

Robert Maruschke arbeitet für den Bereich Kampagnen/Parteientwicklung in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Es ist wirklich passiert. Die SPD hat links geblinkt. Wieder mal, mag man sagen, aber angesichts katastrophaler Umfragewerte, Europawahl und vier Landtagswahlen blinkt sie nun im Dauermodus. Nicht nur die »Sozialstaatsreform 2025«, mit der sie die Abkehr von großen Teilen der Agenda 2010 verspricht. Auch an vielen anderen Stellen schärft die SPD ihr Profil und stellt die GroKo auf die Probe. Man mag von den Vorschlägen im Einzelnen halten, was man will, und das Rückgrat der SPD im Ernstfall mit Skepsis betrachten. Die Neuausrichtung der SPD wird jedenfalls in der Öffentlichkeit so ernst genommen, dass man uns regelmäßig die Frage stellt, ob DIE LINKE jetzt Angst hat, ihre Wähler*innen an die SPD zu verlieren. Ich habe da keine Angst. Aus meiner Sicht geht diese Frage ebenso von falschen Voraussetzungen aus wie die uns zuvor immer wieder gestellte Frage: »Die SPD hat soundsoviel Prozentpunkte verloren, warum profitiert DIE LINKE nicht?«

Meine These ist vielmehr folgende: Die Schwäche der SPD nützt uns nicht und das Wiedererstarben der SPD schadet uns nicht – im Gegenteil. Und zwar deshalb, weil SPD und LINKE schon lange keine kommunizierenden Röhren mehr sind. Wer heute die SPD wählt, oder sich enttäuscht von ihr abwendet, entspricht nicht unbedingt dem Bild des schlecht entlohnten Industriearbeiters mit starkem Klassenbewusstsein. Es sind Menschen aller Gesellschafts- und Einkommensgruppen. Menschen, die wahrscheinlich Interesse an sozialer Gerechtigkeit haben, aber deswegen noch lange keine ablehnend-kämpferische Haltung gegenüber dem kapitalistischen System. Wir treffen dort Häuslebauer und Menschen mit einem ausgeprägt romantischen Bild von Sozialer Marktwirtschaft. Es ist kein Zufall, dass sie angesichts der Erfolglosigkeit der SPD in der GroKo eher zu den bürgerlichen Parteien – ich möchte sa-



JÖRG SCHINDLER

Den Diskurs nach links verschieben

gen: den anderen bürgerlichen Parteien – wechseln, als zu uns. Und die in der Regel auch dann nicht DIE LINKE wählen würden, wenn unsere Partei jetzt sozialdemokratische Politik machen würde. Und ebenso wie die SPD nicht speziell an uns Wähler*innen verliert, sondern an alle, gewinnen wir Wähler*innen von allen Parteien und von den Nichtwähler*innen. Der Schlüssel zum LINKEN Wahlerfolg ist, Begeisterung für unsere LINKE Politik zu wecken.

Also: Die Schwäche der Sozialdemokratie bedeutet keine Stärke der LINKEN. Im Gegenteil. Das kann man europaweit beobachten. Linke Parteien sind da stark, wo auch sozialdemokratische Parteien stark sind und umgekehrt. Schwach sind unsere Schwesterparteien da, wo sich der gesellschaftliche Diskurs nach Rechts verschiebt – zu Lasten auch der Sozialdemokratie.

Aus dieser Perspektive ist es bereits eine starke Leistung, dass DIE LINKE in Deutschland trotz der Schwäche der SPD stabil ist. Aber darauf ruhen wir uns nicht aus. Wir müssen an dem arbeiten, was DIE LINKE stark macht:

An einer Diskursverschiebung nach links, durch kontinuierliche Aktivität, verbunden mit positiver politischer Überzeugungsarbeit. Davon werden außer uns auch andere profitieren, aber für uns eröffnet es die Möglichkeit, entscheidende Debatten stärker in die Öffentlichkeit zu tragen. Im Land Berlin wird jetzt beispielsweise über die Enteignung der großen Miethaie diskutiert. Und zwar sehr ernsthaft und konkret. Das wurde nur möglich, weil hier eine solche Diskursverschiebung erfolgt ist. Die Themen setzen die Kräfte links von der CDU und sie machen auch die Entscheidungen im Wesentlichen unter sich aus. In einem solchen Umfeld kann DIE LINKE mit den besseren, konsequenteren und nicht zuletzt mutigeren Konzepten punkten.

Das ist gut für den Moment, entscheidender ist noch etwas anderes: Wenn grundsätzliche Kritik an der kapitalistischen Ordnung wieder in den Raum der akzeptierten Diskurspositionen vordringt, wächst auch die Zahl derer, die sich selbst aus selbstverständlicher Überzeugung links verorten. Und das in einem sozialistischen Sinn. Es wächst das Umfeld, aus dem unsere künftigen Wähler*innen und auch Mitglieder kommen werden. Diesen Teil der Gesellschaft zu stärken, muss unsere langfristige strategische Aufgabe sein.

Jörg Schindler ist Bundesgeschäftsführer der LINKEN

Fotos: Mark Mühlhaus/attenzione, DIE LINKE





EUROPA NUR SOLIDARISCH

Unser Programm im Überblick

Neun Punkte für Europa – das Wahlprogramm der LINKEN zur Europawahl

Auf dem Europaparteitag in Bonn hat sich DIE LINKE auf ein Wahlprogramm verständigt. Unter dem Motto »Für ein solidarisches Europa der Millionen, gegen eine Europäische Union der Millionäre« soll dieses Programm die Weichen stellen für ein möglichst gutes Ergebnis bei den Europawahlen am 26. Mai. DISPUT dokumentiert hier die zentralen Punkte des Programms.

MINDESTLÖHNE RAUF

Die Mindestlöhne müssen in allen Ländern der EU steigen. Armutslöhne wollen wir verbieten. In Deutschland fordern wir: kein Lohn unter 12 Euro. Es muss die Regel in der EU durchgesetzt werden, dass für gleiche Arbeit auch der gleiche Lohn gezahlt wird. Unternehmen, die öffentliche Aufträge übernehmen, müssen Mindestlohn und Tarif zahlen. DIE LINKE will: starke

Gewerkschaften, starke Beschäftigte, gute Löhne, mehr Zeit zum Leben. Für alle.

WAFFENEXPORTE STOPPEN

Die EU plant mehr Geld in die Rüstung zu stecken und weniger in die Förderung von guten Lebensverhältnissen. Wir sagen Nein! Aufrüstung und eine zusätzliche europäische Armee schaffen keinen Frieden. DIE LINKE will abrüsten und eine friedliche Außenpolitik. Aus der EU werden die meisten Waffen exportiert. Sie befeuern die Kriege und schaffen Fluchtursachen. Wir wollen Waffenexporte verbieten und die Ursachen von Flucht bekämpfen.

KONZERNE ZUR KASSE

Der Reichtum in Europa explodiert. Gleichzeitig wächst die Armut. Kon-

zerne machen Gewinne von Milliarden Euro im Jahr, bezahlen aber kaum Steuern. Wir wollen Mindeststeuern für Konzerne und hohe Vermögen überall in Europa einführen. Steueroasen legen wir trocken. Die Strafen für Steuerhinterziehung von Banken und Konzernen wollen wir verschärfen. Den Digitalkonzernen wie Google und Amazon sagen wir: zur Kasse!

BEZAHLBARE WOHNUNGEN SCHAFFEN

Die Mieten in vielen Städten in Europa explodieren. DIE LINKE will öffentlichen, sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau fördern. Alle Länder in der EU müssen so viele bezahlbare Wohnungen bereitstellen, wie benötigt werden. Wir wollen eine wirksame Mietpreisbremse: Immobilienkonzerne, wie Vonovia und Deutsche Wohnen, wollen wir in öffentliches Eigentum überführen.

Das Wahlprogramm wurde auf dem Parteitag in Bonn intensiv diskutiert und mit großer Mehrheit verabschiedet.

SAUBERE ENERGIE FÖRDERN

Es ist fünf vor Zwölf, doch noch können wir das Klima retten. Eine Begrenzung der Erderwärmung ist möglich. Wenn wir jetzt europaweit Regeln für saubere Energie durchsetzen. Wir wollen die schmutzigsten Kohlekraftwerke in Europa sofort abstellen – spätestens 2030 sind alle vom Netz. Atomkraft und Fracking erteilen wir eine Absage. DIE LINKE will kostenfreien Nahverkehr fördern. Wir bauen die europäische Bahn aus: gut und bezahlbar. Wir wollen umweltfreundliche Landwirtschaft fördern: regional und mit kurzen Transportwegen.

REICHTUM GERECHT VERTEILEN

Gesundheit und Wohnen gehören nicht an die Börse! DIE LINKE will Geld aus den Finanzmärkten abziehen und in gute öffentliche Dienstleistungen stecken. Wir fördern die regionale und produzierende Wirtschaft – mit guter Arbeit und umweltverträglich. Banken, die bei Steuerhinterziehungen von Unternehmen helfen, entziehen wir die Lizenz. Riskante Spekulationsgeschäfte wollen wir verbieten. Mit einer Steuer auf schnelle Finanzgeschäfte bremsen wir die Spekulation.

SOLIDARITÄT STATT HETZE

Wir stehen gegen rechte Hetze und Rassismus und für die Menschenrechte. Die Rechten suchen Sündenböcke, lösen aber keine Probleme. DIE LINKE bietet Lösungen, die für alle Menschen funktionieren. Kommunen, die Menschen aufnehmen, sollen nach unserem Plan zusätzliches Geld von der EU bekommen. Für mehr bezahlbaren Wohnraum,



Fotos: Martin Heinlein

gute Bildung und faire Arbeit für alle. Für weniger Ungleichheit und mehr Zusammenhalt. Solidarität ist unteilbar.

LÖHNE RAUF, ARMUT RUNTER

Alle EU-Staaten müssen garantieren, dass die Menschen sicher vor Armut geschützt sind: mit europäischen Mindestrenten und Mindestsicherungen. Die Höhe der Mindestsicherung richtet sich nach den Einkommen in den jeweiligen Ländern. In Deutschland fordern wir: 1.050 Euro – ohne Kürzungen. Wir schaffen gute Arbeit in Europa und ein Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit. Das ist die beste europäische Arbeitslosenversicherung!

MENSCHEN RETTEN

Wir lassen Menschen nicht ertrinken! Das Seerecht muss wieder gel-

ten: Menschen aus Seenot zu retten, ist Pflicht. Wir wollen sichere Fluchtwege. Menschenrechte müssen durchgesetzt werden. Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen, erhalten zusätzliche Mittel für Bildung und bezahlbaren Wohnraum für alle. Öffentliche Infrastruktur braucht ausreichend Geld. Rassismus stellen wir uns in den Weg – überall in Europa. Abschiebungen stoppen! Ausweisungen und Abschiebungen aus der EU, insbesondere in Krieg, Armut und Elend oder als Form der Doppelbestrafung, lehnen wir ab. Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. Frauen, Kinder, sexuelle, religiöse und ethnische Minderheiten und Menschen mit Behinderung müssen vor Gewalt und Ausbeutung geschützt werden. ◀

Das Wahlprogramm in voller Länge unter: <https://www.die-linke.de/europawahl/wahlprogramm>

»2019 ist ein Schlüsseljahr«

DIETMAR BARTSCH sieht DIE LINKE in ihrem Kampf für ein friedliches, demokratisches und soziales Europa gut aufgestellt



Foto: Martin Heinlein

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will den Bericht der Fraktion halten. Ich tue das auch im Namen meiner Mitfraktionsvorsitzenden Sahra. So beginne ich erst einmal mit der Arbeit unserer Fraktion: Wir sind im Bundestag mit Abstand die fleißigste Fraktion (siehe Tabelle). Wir sind natürlich im parlamentarischen Bereich auch bereit, mit anderen Parteien zusammenzuarbeiten. Wir haben mit FDP und Grünen eine Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen das bayerische Polizeiaufgabengesetz auf den Weg gebracht, weil dort Freiheitsrechte eingeschränkt werden. Wir arbeiten mit den Grünen zusammen beim Klima, bei der Gleichstellung, aber auch beim Kampf gegen Kinderarmut. Und ja, es ist so, dass wir mit der SPD viele Gemeinsamkeiten haben. Es gibt auch neue Hoffnung mit dem, was bei der SPD derzeit passiert. Neulich wurde ich auf einer Pressekonferenz gefragt, ob das denn jetzt so wäre, dass uns mit den neuen Vorschlägen der SPD die Butter vom Brot genommen wird. Nein, im Gegenteil, wir bekommen Butter aufs Brot. Das sind unsere Themen! Da machen wir jeden Schritt, der positiv ist, selbstverständlich mit. Deswegen nochmal

das Angebot an die Sozialdemokraten, an die Gewerkschaften, an die Sozialverbände: Wir wollen einen Sozialstaatsdialog, der die Frage beantwortet, was Sozialstaat im 21. Jahrhundert unter den Bedingungen von Globalisierung, Digitalisierung und Veränderung der Arbeitswelt ist. Also: Kommt her, lasst uns reden, lasst uns streiten.

Kompromisse aushalten

Die Bundestagsfraktion ist im Übrigen ein zentraler Baustein einer geeinten deutschen LINKEN, um die uns viele europäische Genossinnen und Genossen beneiden. Guckt mal nach Italien, was aus der ehemals stolzen Linken geworden ist. Die Einheit der Partei – sie ist kein Witz, sie ist auch kein Spiel, sie ist ein historischer Auftrag. Und natürlich heißt das, den pluralen Charakter erhalten und natürlich müssen wir Kompromisse aushalten, natürlich müssen wir auch einander aushalten. Pluralismus heißt eben auch, sich mal auf die Nerven zu gehen. Wir sind in die Politik gegangen und wir sind LINKE um genau das alles hinzukriegen.

Marx hat gesagt: »Widersprüche sind die Triebkräfte der Entwicklung«. Das müssen wir annehmen und vor allem nicht vergessen, was uns alles eint. Uns eint die Überzeugung um eine bessere Zukunft, um eine sozialistische Zukunft. Wir wissen auch, welche Kämpfe das erfordert und deswegen brauchen wir Radikalität im Denken und in der Haltung und weniger in der Phrase.

Es wurde mehrfach schon auf dem Parteitag betont, aber ja, 2019 ist ein Schlüsseljahr für uns. Da sind die Europawahlen und die vier Landtagswahlen. Ich will besonders darauf hinweisen, dass wir in diesem Jahr auch ganz viele Kommunalwahlen haben. Das ist eine Chance für uns zu zeigen, dass die Kommunalpolitik immer noch das Prunkstück unserer Politik ist.

Wir wissen, dass uns dabei nichts geschenkt wird. Das ist eine Herausforderung für die vielen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer, aber auch für uns als Bundestagsfraktion. Manche mögen uns nicht und ich weiß auch, warum. Weil wir eine sozialistische Partei sind und weil wir eine andere Gesellschaft wollen.

Dieses Jahr wird auch für die Bundesregierung ein Schlüsseljahr. Die Regierung hat für dieses Land keine Zukunft. Es ist die letzte Legislatur von Angela Merkel und man merkt es an jeder Stelle. Es ist im Wesentlichen Stillstand. Und das in einer Situation, wo wir in Europa und in der Welt einen Kulturkampf von Rechts erleben. Dieser Kulturkampf von Rechts ist leider erfolgreich und der Kampfplatz, den es jetzt gibt, ist Europa. Die Formen der Auseinandersetzung, das sehen und spüren wir alle, brutalisieren sich sehr stark. Das sehen wir in der Sprache, aber auch in den Inhalten, in den politischen Vorhaben. Sie werden immer enthemmter. Das dürfen wir nicht hinnehmen.

Aber wir müssen auch gleichzeitig verstehen, was den Rechtspopu-

**Statistik der parlamentarischen Initiativen für die 19. WP:
Stand 22. März 2019**

	Gesamtzahl	Anträge	Gesetzentwürfe	Kleine Anfragen	Große Anfragen	Entschließungsanträge	Änderungsanträge
DIE LINKE.	<u>1303</u>	<u>197</u>	15	<u>1018</u>	1	<u>51</u>	<u>21</u>
B'90/Grüne	935	195	24	661	3	33	19
AfD	943	126	<u>28</u>	759	<u>6</u>	15	9
FDP	1108	190	14	853	3	31	17
CDU/CSU + SPD*	64	48	13	-	-	3	-

* Enthält keine Parlamentarischen Initiativen der Bundesregierung (Gesetzesentwürfe etc.)

Statistik der parlamentarischen Initiativen für die 18. WP - Opposition:

	Gesamtzahl	Anträge	Gesetzentwürfe	Kleine Anfragen	Große Anfragen	Entschließungsanträge	Änderungsanträge
DIE LINKE.	<u>2965</u>	<u>429</u>	36	<u>2186</u>	<u>9</u>	<u>205</u>	<u>100</u>
B'90/Grüne	2577	522	<u>62</u>	1723	6	176	88

Dietmar Bartsch zog auch eine Bilanz der Arbeit seiner Fraktion. Die kann sich sehen lassen, wir diese Tabelle beweist.

lismus so massenwirksam gemacht hat: Verlustängste, Abstiegsängste – so konnten die Rechten Boden gewinnen. In Europa, das muss man klar aussprechen, gehört auch die Politik dazu, die Angela Merkel und Wolfgang Schäuble betrieben haben. Sie haben Griechenland erpresst. Sie haben dafür gesorgt, dass die Banken gerettet worden sind und Europa die Menschen verloren hat. Sie haben auf Haushalte geguckt und nicht auf Menschen.

Aber auch wir müssen natürlich selbstreflektiert sein. Haben wir uns vielleicht hin und wieder etwas stark im Kleinklein verheddert? Wer sich nicht selbst reflektiert, verliert. Wir müssen auch in dieser Frage versuchen, Avantgarde zu sein. Die Konsequenz aus meiner Sicht ist, dass wir einen Dreiklang gegen Rechts betreiben müssen: Einmal konsequente Verteidigerin des Rechtsstaates zu sein. Freiheit und Gleichheit – ganz wichtig für uns. Zweitens: soziale Offensive für alle. Und drittens: Aufklärung und Bildung. Nicht zuletzt müssen wir vor allen Dingen Begeisterung ausstrahlen. Wir können nur die Menschen gewinnen, wenn wir selbst begeistert sind von unseren Ideen. Dazu gehört natürlich auch, dass wir Elend nicht abwerten, dass wir uns nicht über andere stellen, dass wir nicht herablassend sind.

In meinem Land Mecklenburg-Vorpommern habe ich nicht nur ein-

mal gehört: Ihr sprecht nicht mehr unsere Sprache. Das muss uns nachdenklich machen. Wir müssen dabei vor allen Dingen zeigen, dass wir das, was wir von der Gesellschaft fordern, auch leben. Nun zum Thema Frieden und INF-Vertrag und was das bedeutet. Das ist im Kern der Versuch, die Nachkriegsordnung in Frage zu stellen. »America First« – das heißt für Trump nichts anderes, als dass ihm die Anderen egal sind. Das ist der Kern. Mit Trump Politik zu machen, das ist wie mit einer Taube Schach zu spielen, du verlierst immer, weil die Taube zum Schluss alles umkippt. Die EU ist in einem desolaten Zustand, sie ist in der größten Krise, die wir je gehabt haben. Deswegen ist auch wahr, dass die EU eine militaristische Komponente hat. Natürlich ist sie neoliberal, das sehen wir alle. Die Rechten wollen sich Europa unter den Nagel reißen. Das Schlimme ist, sie sind damit partiell erfolgreich. Deswegen ist im Kern die Frage für oder gegen Europa unerheblich. Die Rechten wollen ein autoritäres und kapitalistisches Europa. Wir aber wollen ein friedliches, demokratisches und soziales Europa. Das ist die klare Alternative, um die gestritten wird.

Die Situation ist schwierig, aber genau in dieser Situation haben wir als LINKE, als Sozialistinnen und Sozialisten, immer auch eine Chance. Die gute Nachricht nämlich ist: Der Neoliberalismus ist keine Selbstver-

ständlichkeit. In einem Epochenbruch ist es immer auch möglich, dass linke und sozialistische Kräfte Chancen bekommen und verändern können. Es gilt: Vielfalt in der Einheit, Pragmatismus und Radikalität, aber auch konkrete Machtoptionen, um verändern zu können. Wir hatten im vergangenen Jahr ein Jahr mit relativ viel Streit, aber, ehrlich gesagt, in unserer Bewegung gab es wirklich harte Zeiten. Wir haben jetzt wieder begonnen, besser miteinander zu reden, gemeinsam zu agieren und das kann erst ein Anfang sein. Wir können wieder auf die Erfolgsspur kommen. Ja, wir müssen wieder auf die Erfolgsspur kommen. Wir haben eine Verantwortung, uns nicht zu verlieren in kleinteiligem Streit um irgendeinen Millimeter innerparteilichen Raumgewinns. Unsere politischen Konkurrenten und Gegner sind zahlreich, mit denen setzen wir uns auseinander nach diesem Parteitag, nach den anstehenden Entscheidungen, mit aller Kraft. Herzlichen Dank. ◀

Auszug der Rede von Dietmar Bartsch auf dem Europaparteitag in Bonn, 23. Februar 2019. Die vollständige Rede ist hier zu finden: (<https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteitag/bonner-parteitag-2019/detail/news/die-zeichen-auf-links-drehen/>) und das Video findet sich auf unserem YouTube-Kanal: <https://www.youtube.com/watch?v=vaisKC4BPDg>

Turbulente Zeiten

Auf der Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz in Erfurt gab es neben Diskussionen auch praktische Tipps für die Arbeit vor Ort **VON KATHARINA KIRCHHOFF**



Fotos: Martin Heinlein

Wir treffen uns in turbulenten Zeiten«, mit diesen Worten eröffnete unsere Parteivorsitzende Katja Kipping die Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz am 23. und 24. März in Erfurt in der Alten Parteischnitzerei. Neben Kipping sprachen auch unser Ko-Vorsitzender Bernd Rixinger, Thüringens Arbeits- und Sozialministerin Heike Werner (DIE LINKE) und der Präsident der Europäischen Linken, Gregor Gysi. Alle waren sich einig: 2019 wird ein herausforderndes Jahr. Die Wahlen am 26. Mai zum Europäischen Parlament sind ebenso wie die Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen in Bremen, Brandenburg, Sachsen und Thüringen sowie die Kommunalwahlen in zehn

Bundesländern eine gute Gelegenheit, Menschen für unsere Ideen zu begeistern, Mitglieder zu aktivieren und zu gewinnen. Doch Wahlkampfprofis fallen nicht einfach vom Himmel. Besonders unsere Basis in den Kreisverbänden wird oft von ehrenamtlich Aktiven getragen. Diese unterstützen uns neben Lohnarbeit, Familie und Freizeit und führen den Wahlkampf vor Ort. Bei der Konferenz gab es deshalb von uns Unterstützung in Form von Workshops zu Fotografie und Pressearbeit, Haustürwahlkampf, Mieten- und Pflegekampagnen, Mitgliederwerbung und Kommunalpolitik. In der historischen Atmosphäre der Alten Parteischnitzerei von Erfurt wurde aber keineswegs verstaubter Ideale gedacht, sondern mit viel Motivation und Tatendrang auf einen erfolgreichen Wahlkampf hingearbeitet. Eine handlungsfähige LINKE ist heute so wichtig wie nie. Wie Gregor Gysi anmerkte, stehen wir an einem Scheidepunkt: »Politik ist für viele Menschen nicht mehr nachvollziehbar. Und wenn das passiert, erlebt man immer einen Rechtsruck«. Darum ist Wahlkampf an der Basis so wichtig. Keine Politik von oben, sondern mit den



Menschen. Am Samstag gab es in fünf Podiumsdiskussionen jede Menge »Gedankenfutter«. Am Sonntag mussten die Teilnehmenden dann selbst ran: In neun Workshops und Ateliers wurde getextet, gestaltet und geplant. Von den Kampagnen für bessere Pflege und mehr bezahlbare Wohnungen über die Organisation von Menschen vor Ort für mehr Demokratie: Die Konferenzteilnehmer*innen konnten viel voneinander und miteinander lernen. Leidenschaft war bei der Konferenz auf jeden Fall gegeben, sowohl von Seiten der Veranstalter*innen, als



auch der Teilnehmer*innen. Wie Katja Kipping betonte: »Wir müssen die Leidenschaft für soziale Kämpfe wieder wecken und die Wut dahin lenken, wo sie hingehört. Nach oben!« Und wenn wir die gleiche Leidenschaft von der Basis bis zur Parteispitze im Wahlkampf zeigen, dann kann eigentlich gar nichts mehr schiefgehen. ◀

Katharina Kirchhoff arbeitet für den Bereich Bürgerdialog, Medien und Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN



Ein Preis war zu wenig

Bei der diesjährigen Verleihung des Clara-Zetkin-Frauenpreises fiel der Jury die Entscheidung besonders schwer **VON ANTJE SCHIWATSCHEV**

Große Begeisterung im Saal als die südamerikanische Band Mambe & Danachilango mit einer Mischung aus Dancehall, Balkan und Cumbia-Elementen – gemischt mit urbanen HipHop- und aufregenden Elektro-Klängen – die Bühne rockten. Sängerin Mambe mit ihrer kraftvollen Stimme zog sofort die Gäste in ihren Bann und der ganze Saal wippte mit. Von großen Emotionen war auch der gesamte Abend geprägt. Zum achten Mal wurde am 1. März der Clara-Zetkin-Frauenpreis im Südblock in Berlin von der LINKEN vergeben. Erneut waren rund vierzig Projekte vorgeschlagen, aus denen die Jury neun sehr unterschiedliche Projekte nominierte. Friederike Benda und Bettina Gutperl vom Parteivorstand wiesen noch einmal auf den Facettenreichtum feministischer Arbeit

Der Clara-Zetkin-Preis hat sich als Auszeichnung längst etabliert. Für Pia Klemp (unten rechts) gab es einen Ehrenpreis.

Fotos: Bianca Theis (2)



hin. Ganz klar standen die Projekte an diesem Abend im Mittelpunkt. Ob international oder regional – die Arbeit aller ist eine Bereicherung. Auch unsere Europaabgeordnete Cornelia Ernst machte noch einmal deutlich, wie wichtig die Arbeit jedes einzelnen Projektes und jeder einzelnen Aktivistin ist. Die Frauen von »Basmt

»SEA WATCH e.V.«-
KAPITÄNIN
PIA KLEMP

»Sea Watch« ist eine Seenotrettungsorganisation, die flüchtende Frauen, Männer und Kinder im Mittelmeer rettet bzw. gerettet hat, bis es ihr aufgrund der Strafverfolgung durch EU-Staaten nicht mehr möglich war. Hervorzuheben ist die Arbeit der Kapitänin Pia Klemp. Pia ist eine Aktivistin, die in der absoluten Männerdomäne Seefahrt unter enormen politischem Druck lebenswichtige Rettungseinsätze leitet. Seit Jahren ist sie ehrenamtlich auf Schiffen im Einsatz, um entweder die Weltmeere (bei Sea Shepard) oder Menschen in Not (bei Sea Watch) zu retten. Sie setzt sich dabei oft lebensgefährlichen Situationen und Repressionen aus. <https://sea-watch.org/>





HEIMATLOS IN KÖLN (HIK.), LINDA RENNINGS

Khayr«, die mit ihrem Projekt vor allem Frauen aus den Flüchtlingslagern der Sahauris im Süden Algeriens stärken und unterstützen. Das Team von »ContRa e.V.«, das darum bemüht ist, inhaftierten Frauen eine Perspektive für die Zeit nach der Entlassung zu geben. »Familia Futura« – ein Dresdner Festival für Familien und Utopien ist für viele eine kulturelle Insel in Sachsen. »Flemingo e.V.« – ein Netzwerk von geflüchteten Frauen für geflüchtete Frauen. »Heimatlos in Köln (HiK)« mit der »Kölschen Linda« und ihrem Hund Clayd. Linda kommt selbst aus der Wohnungslosigkeit und betreut nun mit ihrem Verein vor allem obdachlose Frauen in der Domstadt. Die »One World Poetry Night« von Stefanie-Lahya Aukongo und das Projekt der Leipziger Raketen-Wissenschaft für den Genderstern in leichter Sprache sowie »RuT – Rad und Tat e.V.« aus Berlin, eine offene Initiative lesbischer Frauen und nicht zuletzt »Solidarity at Sea« mit der Kapitänin Pia Klemp, die auf dem Mittelmeer Geflüchtete vor dem Ertrinken rettet. Mit viel Anerkennung wurden die Projekte vorgestellt und allen im Raum war klar, dass eigentlich alle der vorgestellten Initiativen den Clara-Zetkin-Frauenpreis verdient hatten.

Gewonnen hat die »Kölsche Linda« mit ihrem Projekt »Heimatlos in Köln« Linda Rennings hat selbst jahrelang auf der Straße gelebt und unterstützt heute obdachlose Frauen in Köln. Immer dabei: Ihr Hund Clayd. Den Ehrenpreis hat »Solidarity at Sea« und die Kapitänin Pia Klemp bekommen, die gemeinsam mit anderen Seenotrettungsorganisationen in den letzten Jahren tausende Menschen aus dem Mittelmeer gerettet haben. Nun steht sie mit anderen Aktivist*innen für ihren humanitären Einsatz in Italien vor Gericht. Es drohen ihr bis zu 20 Jahre Haft. Für den Prozess, der rund eine halbe Million Euro kosten kann, wird sehr viel Geld benötigt, denn dabei geht es um mehr als die Angeklagten: Es geht um den Kampf gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung. Würdige Preisträger*innen, die für viele Frauen stehen, die sich in gesellschaftliche Debatten einbringen und für konkrete Veränderungen und Verbesserungen für Frauen streiten. Wir können einfach nur Danke sagen! Danke dafür! ◀

Antje Schiwatschew ist Koordinatorin für feministische Politik in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

»Sie haben keine Lobby«, sagt die 55-jährige Linda Rennings – in der Szene als die »Kölsche Linda« bekannt – über obdachlose Frauen. »Es kann nicht sein, dass Menschen – ohne die Würde des Menschen zu achten – so respektlos von Politik und Gesellschaft behandelt werden«. Als ehemalige Betroffene kennt sie die tatsächlichen Probleme, vor denen gerade obdachlose Frauen stehen, nur allzu gut. Aufgrund von schwerer Krankheit und persönlichen Schicksalsschlägen erging es ihr wie leider zunehmend mehr Menschen in unserer Gesellschaft: Arbeitsunfähigkeit, Jobverlust, Zwangsräumung und Obdachlosigkeit. 2005 landete sie schließlich auf der Straße. 2011 schafft die gelernte Fleischereifachverkäuferin den Schritt zurück in ein geregelteres Leben mit festem Wohnsitz. Obwohl sie selbst am Existenzminimum lebt, macht sie es sich aufgrund ihrer Erfahrungen auf der Straße zur Lebensaufgabe, obdachlosen Menschen und ganz besonders Frauen zu helfen.

Die neue feministische Welle

Vom Frauenstreik am 8. März zu einer neuen feministischen Klassenbewegung, die fundamentale Kritik am Kapitalismus übt **VON BIANCA THEIS**

Berlin. Es ist 5 vor 12 Uhr und es schüttet wie aus Eimern. An der Charité versammeln sich Frauen und Männer, sie setzen sich auf Stühle, halten Transparente in die Höhe mit der Aufschrift »Unsere Arbeit ist mehr wert«. Heute ist der 8. März und es ist Internationaler Frauentag – oder besser: Frauenkampftag, denn der Weg zur Gleichberechtigung war schon immer ein Kampf und ein Blick in den Himmel lässt vermuten, dass der, der das Wetter macht, kein Feminist ist. Trotz des Regens nutzen viele Emporté diesen Tag, um vor dem größten Krankenhaus Berlins für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege zu streiken.

Um 16 Uhr startet der LINKE-Block der jährlichen Frauenkampftagsdemo am Alexanderplatz. Der Regen hat aufgehört, die Sonne scheint über den großen Platz und die ver-



Allein in Berlin gingen 25.000 Menschen zum Frauenkampftag auf die Straße. Die Atmosphäre war kämpferisch und doch gelöst. Fotos: Bianca Theis

sammelte Menge ist in bester Laune. Auch im LINKE-Block ist die Stimmung voll kämpferischer, feministischer Energie. Frauen, Queers und solidarische Männer tanzen, halten Plakate, wie »Mehr Zeit für das ganze Leben« und rufen »My body, my choice, let's make noise« (Mein Körper, meine Entscheidung, lasst uns laut sein). Einige haben ein Kreuz auf der Wange, das symbolisch für den Kampf um sexuelle Selbstbestimmung steht. Als Parteivorstandsmitglied Friederike Benda verkündet, dass gerade 25.000 Menschen auf der Demo sind, jubelt die Masse. Um 17 Uhr wird es plötzlich still, alle Frauen holen noch einmal tief Luft und brüllen dann für 100 Sekunden ihre gesamte Wut in die Welt hinaus. Nicht nur in Berlin, auch in Hamburg, Leipzig, Frankfurt am Main, Köln, Freiburg, Kiel und anderen Städten nutzen viele Menschen diesen Tag, um für eine Verän-



Dass der 8. März dieses Jahr so erfolgreich war, lag vor allem an einer neuen Dynamik der Mobilisierung.



derung der Geschlechterverhältnisse auf die Straße zu gehen.

Dass der 8. März dieses Jahr so erfolgreich war, lag vor allem an einer neuen Dynamik der Mobilisierung. Für diesen Frauenkampftag gab es zum ersten Mal nach 25 Jahren auch einen Aufruf zum Streik. Dafür wurde in den vergangenen Monaten ein Frauenstreikbündnis gegründet, das über 35 Ortsgruppen verbindet. Unzählige Komitees und Netzwerke sind entstanden, die sich alle auf unterschiedliche Weise für den Streik vorbereiteten. So konnte lange vor dem Frauenkampftag eine breitere Öffentlichkeit für feministische Themen begeistert werden. Auch auf inhaltlicher Ebene bot der Aufruf zum

Streik das geeignete Kampfmittel, um feministische Forderungen wieder stärker mit der Kritik kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse zu verknüpfen, wie unter anderem der Charité-Streik zeigt. Gerade die Diskussion über unbezahlte Hausarbeit, die überwiegend von Frauen gemacht wird, zeigt, dass über feministische Themen eine allgemeine Kritik kapitalistischer Produktions- und Reproduktionsweisen funktionieren kann. Aber auch andere Frauenthemen, wie die Forderung nach einer Entkriminalisierung von Abtreibung, können genutzt werden, um Herrschaftsverhältnisse zu hinterfragen. Vorbilder sind die spanischen und südamerikani-

schen Protestbewegungen, die auch in Deutschland den Wunsch nach einem verbindenden Frauen- und Queerstreik immer lauter werden ließen. Das zeigt, dass eine neue feministische Bewegung nicht nur die Möglichkeit bietet, anti-kapitalistische Kämpfe in Deutschland zu verbinden, sondern diese auch auf eine internationale Ebene bringen kann und dies auch tut. Auf diesen Erfolgen können wir aufbauen, wenn wir die Impulse nutzen und uns weiter vernetzen und organisieren. ◀

Bianca Theis ist Mitarbeiterin des Bereichs Bürgerdialog, Medien und Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Eine Frage der Erziehung

Was wir unseren Kindern heute beibringen müssen, damit sie eine Gesellschaft erschaffen, in der es keine Geschlechterunterschiede mehr gibt **VON NEELE BÜNNING**

Feminismus ist ein Gedanken-gut, das wie alle anderen großen gesellschaftlichen Veränderungen Zeit zum Wachsen braucht. Dabei spielt die Erziehung unserer Kinder eine entscheidende Rolle. Von klein auf müssen Kinder, Mädchen wie Jungen, lernen, geschlechtsspezifische Unterschiede erst gar nicht zu machen. Wir Erwachsenen tragen die Verantwortung, das Aufwachsen in einer feministischen Welt zu ermöglichen.

Kinder sollten von Anfang an lernen, eine Unterscheidung zwischen Feminismus und seinen abgeschwächten Formen zu treffen. Feminismus ist, wenn Frauen und Männer gleichgestellt sind. Kinder sollten Feminismus nicht als nette Geste der Väter und Brüder betrachten. Es wäre falsch, wenn der Vater sagt: »Meine Frau muss nicht immer die ganze Hausarbeit alleine machen, wenn Sie mal keine Zeit hat, dann übernehme ich das natürlich«. Männer sollten Frauen nichts gestatten dürfen oder sie in ihren »typisch weiblichen« Tätigkeiten nur unterstützen, ansonsten besteht kein ausgeglichenes Verhältnis.

Geschlechterrollen können in den Köpfen von Kindern durch unseren Sprachgebrauch entstehen. Es ist wichtig zu hinterfragen, welche Gedankenketten man in einem Kind auslöst, wenn man Mädchen als »Engel« und »Prinzessin« bezeichnet und Jungs als »Helden«. So können klassisch feminine und maskuline Verhaltensweisen vorgelebt werden. Mädchen haben götig und schön zu sein wie Engel, oder edel und erwachsen wie Prinzessinnen, wohingegen Jungen Attribute wie unnachgiebig, stark und dominant beigebracht werden. Eine Reflexion über den eigenen Sprach-

gebrauch und die Kosenamen von Kindern, können stigmatisierten Geschlechterrollen entgegenwirken.

Biologie soll keine Begründung für gesellschaftliche Normen sein. Ein Mädchen sollte keine Dinge tun, »weil das Mädchen eben so machen«. Genauso wenig wie dies bei Jungen der Fall sein sollte. In den ersten zehn Lebensjahren gibt es kaum einen Unterschied im Körperbau von Jungen und dem von Mädchen. Es sollte daher nicht notwendig sein, nur Klamotten zu kaufen, die für das eine oder das andere Geschlecht ge-

macht sind. Kinder sollten verstehen, dass Tätigkeiten wie Kochen, Wäsche waschen oder Rasen mähen nicht in dem Unterschied zwischen den Geschlechtern verankert sind. Biologie bedeutet nicht, dass Jungen besser mit Bauklötzen bauen können als Mädchen.

Je aufgeklärter unsere Gesellschaft wird, desto auffälliger scheint eine Tendenz der Vermännlichung. Mädchen soll mehr und mehr die Möglichkeiten geboten werden, typisch maskuline Verhaltensweisen auszuleben. Hingegen scheint es so, als wenn weniger Jungen beigebracht wird, dass auch sie so feminin sein können, wie sie wollen. Der Lohnunterschied von Frauen und Männern soll durch eine höhere Frauenquote in von Männern dominierten Branchen ausgeglichen werden. Der »Girlsday« sorgte explizit dafür, Mädchen typisch männliche Tätigkeitsbereiche näherzubringen. Dabei wird oft nur in eine Richtung gedacht. Eine Gleichstellung der Geschlechter bedeutet genauso, Jungen typisch feminine Charakterzüge, Spielzeuge, Kleider oder Berufe aufzuzeigen.

Mädchen und Jungen sind gar nicht so unterschiedlich, wie es bei Erwachsenen oft zu sein scheint. Wenn man einmal von den Geschlechterrollen absieht und sich den Jungen vorstellt, der strahlend in der Kita arbeitet, oder das Mädchen, welches als Kapitänin um die Weltmeere schippert, wird deutlich, wie viel Potential eine Welt haben könnte, die nicht durch Stigmata reglementiert wird. Die feministische Zukunft gehört unseren Kindern. ◀

Neele Büning ist Mitglied der LINKEN und war als Praktikantin in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN tätig



Foto: Pixabay

Biologie soll keine Begründung für gesellschaftliche Normen sein. Ein Mädchen sollte keine Dinge tun, »weil das Mädchen eben so machen«. Genauso wenig wie dies bei Jungen der Fall sein sollte.



»Es gibt keinen anderen Weg«

Weltweit haben junge Menschen am 15. März im Rahmen von »FridaysForFuture« für eine andere Klimapolitik gestreikt

Fotos: Bianca Theis

Die Schüler-Bewegung »FridaysForFuture« wird zu einer globalen Bewegung. Das zeigte sich eindrucksvoll am 15. März, als die Organisatorinnen und Organisatoren zum ersten weltweiten Klimastreik aufriefen. In mehr als 1650 Städten weltweit gab es daraufhin Klimakundgebungen. Die Bewegung kommt ursprünglich aus Skandinavien. Seit August 2018 streikt die 16-jährige Schülerin Greta Thunberg jeden Freitag, um ihr Heimatland Schweden zum Einhalten der Pariser Klimaziele zu bewegen. Diesem Protest haben sich Millionen von Schülerinnen und Schülern in über 50 Ländern angeschlossen. In der Bundesrepublik gab es am 15. März Streiks in über 100 Städten. Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, ist von dem Engagement der Schülerinnen und Schüler tief beeindruckt. Zusammen mit ihrem Ko-Vorsitzenden Bernd Riexinger schloss sich Kipping am 15. März den Klimaprotesten im Berliner Invalidenpark an: »Es gibt keinen anderen Weg, als den sozial-ökologischen Wandel. Nicht morgen, nicht in 25 Jahren, sondern heute«, so Kipping und sagte weiter: »Die Schülerinnen und Schüler kämpfen für die Zukunft des Planeten. Sie tragen keine Verantwortung für die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, für die verheerenden Klimaschäden, für das drohende Massenaussterben von Tier- und Pflanzenarten – trotz-

dem handeln sie. Das beeindruckt mich zutiefst«. Auch die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag erklärte sich solidarisch mit dem Klimastreik und rief zur Teilnahme auf: »Eine neue soziale Klimabewegung ist entstanden, die kontinuierlich wächst und über die in den Medien intensiv berichtet wird. »FridaysForFuture« sind Anfeindungen aus der rechten Ecke ausgesetzt. Doch es gibt auch eine Welle der Solidarität wie #ParentsForFuture und #Scientists4Future«, heißt es in der Erklärung der Linksfraktion. Tatsächlich haben sich auch über 16.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur Unterstützung

der Proteste unter der Losung »Scientist4future« zusammengeschlossen. In einer gemeinsamen Erklärung warnen die »Scientist4future«: »Nur wenn wir rasch und konsequent handeln, können wir die Erderwärmung begrenzen, das Massenaussterben von Tier- und Pflanzenarten aufhalten, die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren und eine lebenswerte Zukunft für derzeit lebende und kommende Generationen gewinnen. Genau das möchten die jungen Menschen von »FridaysForFuture/Klimastreik« erreichen. Ihnen gebührt unsere Achtung und unsere volle Unterstützung.« ◀



Das linke Islamdilemma

Der kritische Geist der LINKEN im Sumpf der Solidarität oder warum es sich die Partei zu einfach macht und jene allein lässt, die ihre Solidarität tatsächlich brauchen **VON M.**

Es gab Blutwurst. Wurst aus Schweineblut und Schweinefleisch zur Deutschen Islamkonferenz, zu der Horst-»Der Islam gehört nicht zu Deutschland«-Seehofer im November 2018 einlud. Aber nicht nur die für Muslime unerlaubten Häppchen boten Anlass zur Kontroverse, sondern auch die Zusammensetzung der Gäste. Die Deutsche Islamkonferenz war ein Abbild dessen, was die Diskussion über den Islam in Deutschland teilweise so schwierig gestaltet. Denn während Horst und Co. ihre kleinen oder großen Probleme mit dem Islam zu haben scheinen, sind sich die Musliminnen und Muslime unterschiedlicher Strömungen völlig spinnefeind. Es wurde gestritten, geschimpft, gebürllt und verurteilt auf dieser Konferenz. Einzig der Name der Veranstaltung schien einen Zusammenhalt zu symbolisieren. Die Musliminnen und Muslime bei der Deutschen Islamkonferenz hätten sich zwischenzeitlich wohl gern gegenseitig den Kopf abgerissen. Zu unterschiedlich sind ihre Ansichten, den Islam betreffend. Und wie verhält sich DIE LINKE in all dem Chaos? Sie summt vergnügt die Internationale vor sich hin. Ach, das bisschen Streit! Hauptsache ist doch, hier wird niemand von rechts diskriminiert, weil man dann, von unbändiger Leidenschaft getrieben, eingreifen müsste.

Wie steht DIE LINKE zum Islam?

Wenn die AfD A sagt, dann brüllt man B – unabhängig vom Inhalt. Und wenn die AfD den Tierschützer mimt und die Praxis des Schächtings verbieten will, dann heißt es: »Antisemiten! Islamfeinde!« Klingt logisch, immerhin lässt sich nicht leugnen, dass sich unter dem roten, nicht nur symbolisch nach Rechts geschwungen Pfeil durchaus Antisemiten und Islamfeinde tummeln. Aber abgesehen von der

Tatsache, dass die AfD sicherlich keine Alternative bietet, ist die Frage: Wie steht DIE LINKE denn nun zum Islam? Und mit Islam ist an dieser Stelle nicht der zu rettende Flüchtling im Mittelmeer gemeint, der zufällig Muslim ist, und auch nicht die Frau in der U-Bahn, die von einem Neonazi angespuckt wird, weil sie ein Kopftuch trägt.

Homophob und konservativ

Mit Islam gemeint ist die Religion, ihre Werte, ihre Einstellung und ihr Weltbild. Zwar war mir von Anfang an klar, dass die Position der LINKEN zum Islam durchaus kontrovers diskutiert wird, wie steinig dieser Weg zu Antworten aber tatsächlich ist, wurde mir erst im Rahmen der Recherche für diesen Artikel wirklich bewusst. So richtig über das Thema sprechen wollte niemand. Zuckende Schultern oder diplomatisches Ausweichen waren die Reaktionen, die ich statt Antworten bekam. »Es ist kompliziert«. Aber wieso eigentlich? Kritik an religiösen Dogmen, Wertvorstellungen oder Praktiken ist ein hohes Gut, das DIE LINKE traditionell verinnerlicht hat. Religion ist Opium für das Volk – gilt das nur für das Christentum? Denn Religionskritik, sofern begründet und sachlich formuliert, ist kein Rassismus. Kritik am Islam ist also keine Islamfeindlichkeit. Beim Christentum kritisiert DIE LINKE freudig von der Leber weg. Beim Islam scheint sich innerhalb der LINKEN die Angst verbreitet zu haben, sich die Finger verbrennen zu können und in eine rechte Ecke gestellt zu werden. Darüber hinaus wissen viele inhaltlich und geschichtlich zu wenig über den Islam, als dass sie gegen rechte Hetze und für einen kritischen Umgang mit der Religion argumentieren könnten. Und so tut DIE LINKE das, was sie als ihr sicheres Terrain bezeichnet: Sie

argumentiert stringent gegen Rechts – ohne wirklich zu wissen, wen und welche Wertvorstellung sie da eigentlich verteidigt. Verschwindet der kritische Geist der LINKEN im Sumpf der Solidarität?

Patriarchat, Homophobie und Konservatismus sind doch alles Zieldisken der LINKEN. Mit ihrem verhaltenen Schweigen überlässt sie das breite Feld der Kritik an Weltbildern, die nichts übrig haben für Menschen fern von der Hetero-Normativität, niemand geringerem als den Rechten selbst. Dankbar und zutiefst populistisch bedienen sie den Hass auf Muslime und den Islam und instrumentalisieren hierfür die Aufklärung und die Menschenrechte. Auf einmal werden die Rechten zu Frauenrechtlern, Demokratieschützern und Freiheitskämpfern mit einem großen Herz für Tiere. Dass diese perfide Masche nichts mit Religionskritik zu tun hat, ist uns klar. Stellt sich DIE LINKE aber nicht mit konstruktiver Religionskritik dagegen, haben die Rechten trotzdem das letzte Wort. Mit ihrem Schweigen über den Islam vergibt DIE LINKE nicht nur die Chance, den rechten Populismus zu entlarven, sondern verkennt auch, wie intolerant derzeitige Islamauslegungen angesichts islamischer Geschichte eigentlich sind. Ein Blick in die islamische Geschichte zeigt, wie konservativ der Islam heute interpretiert und gelebt wird. Wer erinnert sich im Kontext der heutigen strengen Alkoholabstinenz vieler Muslime an die islamische Dynastie, in der guter Wein als tägliches Genussmittel geschätzt und die Weingläser mit religiösen Inschriften versehen wurden? Was ist mit den Bestrebungen der »Nahda« eine stabile Demokratie auf der Basis eines weiterentwickelten Islam zu errichten? Wo sind all die Frauenrechtlerinnen islamischer Geschichte hin verschwunden? Dass Kopftuch, Niqab und Burqa zum Islam gehören, scheint gesetzt, aber ganz so eindeutig und klar lässt sich



Alles Kopftuch oder was? Der Islam ist weniger homogen als viele annehmen. DIE LINKE sollte hier die progressiven Kräfte stärken. Foto: Pixabay

das gar nicht sagen, denn wer interpretiert die betreffenden Suren 24 und 33? Wer einmal einen Blick auf Fotografien aus dem Iran, Afghanistan, Ägypten oder Marokko vor 1978 geworfen hat, bemerkt schnell, dass vor der islamischen Revolution unter Ayatollah Chomeini ein komplett anderer Islam gelebt wurde. Konservative islamische Strömungen möchten ihr Verständnis vom Islam als einzig rechtsgültige Form anerkennen lassen und reichen den Rechten damit die Hand, die sich selbstverständlich nicht die Mühe machen, einen pluralistischen Islam in seiner ganzen Fülle zu betrachten. So zeigt sich, dass das wohl größte Problem in der Debatte mit dem und über den Islam die Tatsache ist, dass die Rechten von dem Islam als homogen-konservativer Weltanschauung sprechen, der in der Form gar nicht existiert, da es innerhalb der islamischen Religi-

on sehr heterogene Strömungen gibt. Indem DIE LINKE ein Islam-Kollektiv vor den Rechten in Schutz nimmt, tappt sie genau in die Falle. Die Debatte über den islamischen Glauben wird dabei populistisch und künstlich völlig vereinfacht.

Die liberalen Muslime stützen

Schließlich geht es gar nicht mehr um fundierte Religionskritik, sondern die Diskussion über den Islam rutscht viel zu schnell ab in ein dschungelhaftes Argumentationsdickicht: deutsche Muslime oder muslimische Deutsche? Muslime gehören zu Deutschland, der Islam aber nicht? Und so dreht sich die Spirale immer weiter, bis schließlich gar kein Raum mehr bleibt für Kritik an Dogmen und Interpretationen von Suren,

Hadithen (Zitate und Handlungen des Propheten Mohammed) und der Frage: Wie lässt sich Religion weiter entwickeln, dass sie ins Jahr 2019 passt? Es geht am Ende leider nur ums nackte Schwarz-Weiß-Malen. Wie wäre es zur Abwechslung mal mit bunt? Dass DIE LINKE sich an dieser Stelle auf die Seite der Minderheit, der Muslime, stellt, ist löblich – ändert aber nichts daran, dass sich DIE LINKE somit aus dem innerislamischen Diskurs über die Religion an sich zieht. Und dabei lässt sie eine ganz besonders wichtige und schutzbedürftige Minderheit innerhalb der Minderheit leider komplett im Regen stehen: die liberalen Muslime. ◀

M. studiert an der Freien Universität Berlin Islamwissenschaften und macht ein Praktikum in der Pressestelle der LINKEN

Die letzte Kolonie Afrikas

LINKE Frauen zu Gast in den Flüchtlingscamps der Westsahara VON KATRIN VOß



Fotos: Katrin Voß

Die Delegation von fünf Frauen der LINKEN fällt auf, hier in den Flüchtlingslagern der Westsahara im Süden Algeriens bei Tindouf. Nicht nur, weil eine von uns knallrote Haare hat, was besonders die Blicke der Kinder magisch anzieht. Besucher haben meist Naschereien dabei, für die es sich lohnt herbeizueilen. Für die Erwachsenen bedeutet es, ins Gespräch zu kommen, über Politik zu diskutieren. Denn Politik ist, was alle hier beschäftigt. Eine Woche werden wir in den Flüchtlingscamps Gespräche führen. Egal, in welches Zelt wir gebeten werden, ob in das von Ministern, engagierten Frauenorganisationen oder einfachen Beduinenfamilien: Spätestens bei der ersten Tasse des traditionellen Tees ist jedes Gespräch bei der aktuellen Politik Deutschlands und Europas.

Wir haben uns auf den Weg gemacht, um mehr über die Flüchtlingslager zu erfahren. Bereits zu Beginn der Reise wird klar, dass diese Reise tief beeindruckend wird. Wir sind bei einer Familie untergebracht. Sie lebt seit mehreren Generationen in den Camps, so wie die meisten Familien. Alle warten auf die Einlösung des Versprechens, der Durchführung eines Referendums. Die Bewohner der Camps sind auf die Hilfsgüter der Vereinten Nationen angewiesen. Diese werden immer weniger, da die Gelder auf die Konfliktregionen weltweit aufgeteilt werden. Es mangelt an fast allem. Die gelieferten Lebensmittel

umfassen nur das Nötigste wie Mehl, verschiedene Getreide, Fett und Zucker, in Ausnahmefällen Kartoffeln oder Karotten. Die Qualität des Wassers, das in den Verwaltungsbezirken (Wilayas) zentral gepumpt wird, nimmt stetig ab. Die Fahrzeuge, die das Wasser an die einzelnen Sammelstellen der Familien ausliefern, sind veraltet, nicht immer einsatzbereit und die Lieferung unregelmäßig.

Marokko hält die Westsahara besetzt

Das Gebiet der Westsahara gilt als die letzte Kolonie Afrikas. Die historischen Zusammenhänge des Konfliktes sind kaum bekannt. Während der spanischen Kolonialzeit gründete sich 1973 die saharische Befreiungsbewegung, die Frente Polisario. Sie führte den bewaffneten Kampf für die Unabhängigkeit der Westsahara und für eine Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS). Als sich Spanien 1975 aus Spanisch-Sahara zurückzog, marschierten Marokko und Mauretanien in das Gebiet ein. Die Frente Polisario kämpfte nun gegen die neuen Besatzer für die Unabhängigkeit. 1979 zog sich Mauretanien aus der Westsahara zurück. Marokko änderte die Kriegsstrategie und marschierte nun auch in die ehemals durch Mauretanien besetzten Gebiete ein. Zur Sicherung errichtete Marokko eine Mauer mitten in der Wüste,

um die Angriffe der Frente Polisario abzuhalten. Diese Mauer existiert bis heute, ist über 2700 Kilometer lang. Das Gebiet entlang der Mauer hat die größte Dichte an Landminen, Schätzungen gehen von etwa sieben Millionen Landminen aus. Erst 1991 kam es zu einem Waffenstillstandsabkommen zwischen der Frente Polisario und Marokko. Die Grundlage dafür bildete ein durch die Vereinten Nationen ausgehandeltes Abkommen, über eine Durchführung eines Referendums. Bei diesem soll die Bevölkerung der Westsahara über deren Zukunft entscheiden. Vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wurde eine UN-Mission (MINURSO) eingesetzt, deren Mandat die Überwachung des Waffenstillstands in der Westsahara sowie die Durchführung des Referendums umfasst.

Das Gebiet der heutigen Westsahara unterteilt sich in drei Teile. Der größte Teil sind die von Marokko besetzten Gebiete im Westen des Landes, die sich durch Fischreichtum an der Küste, Phosphat- und Erdölvorkommen auszeichnen. Im Landesinneren, abgetrennt durch die Mauer, sind die befreiten Gebiete. Und ein großer Teil der Bevölkerung lebt als Folge der kriegerischen Auseinandersetzungen mit Spanien, später mit Marokko, seit nunmehr über 45 Jahren in Flüchtlingslagern im Süden Algeriens. Es sind insgesamt fünf Flüchtlingslager, welche die Namen von Städten aus den besetzten Gebieten tragen.

MAROKKO

WESTSAHARA



Auf Bildung wird viel Wert gelegt

Dank der guten Organisation in den Lagern gelingt es, Normalität in den Alltag der Geflüchteten zu bringen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Jugend, der unter den aktuellen Umständen kaum Perspektiven geboten werden können. Die Gefahr, insbesondere von Marokkanern für den

stolz Ahmed Lehibb, Minister für Jugend und Sport. Er verweist auf ein zentrales Projekt, Kinder während der Sommermonate, in denen die Temperaturen in der Wüste 50 Grad erreichen können, in europäische Länder zu entsenden. Neben den besseren Lebensbedingungen in Europa wird dieser Ferienaufenthalt aber vor allem auch als Bildungsreise für Kinder verstanden. Der Polisario ist es wichtig, dass die nachkommende Generation

Deutschland gereist, dies zu ändern!

Bei allen Gesprächen ging es immer wieder um die Verträge der Europäischen Union mit Marokko. Diese ermöglichten der Europäischen Fischfangflotte den Zugang zu den Fischgründen der Westsahara. Im letzten Jahr wurden diese durch den Europäischen Gerichtshof für ungültig erklärt. Viel Hoffnung war mit diesem Urteil verbunden. Diese wurde jedoch im Februar dieses Jahres zerstört, als das Europäische Parlament mit deutlicher Mehrheit ein neues Fischereiabkommen mit Marokko auf den Weg brachte. Gefragt wurde auch, welche Position Deutschland in diesem Konflikt einnimmt? Hat die Ernennung des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler 2017 zum UN-Sonderbotschafter des Westsahara-Konflikts zu einem Umdenken in Deutschland geführt? Und wir werden mit den Bedenken konfrontiert, wie lange die Jugend noch auf eine friedliche Lösung warten wird. Ob sie ungeduldig werden, zu den Waffen greifen, um sich ihr Land zurück zu erobern.

Wir kehren betroffen, aber auch ermutigt zurück. Betroffen, weil wir wissen, dass Europa und Deutschland Marokko als wichtigen Verbündeten in der Flüchtlingsabwehr sieht. Es werden weiter Gelder an Marokko gezahlt, um zu verhindern, dass Flüchtlinge aus Afrika nach Europa gelangen. Die Menschenrechte der Sahauris spielen dabei nur eine untergeordnete Rolle. Wir sind betroffen, weil wir als Europäer*innen mitverantwortlich sind für die Ausbeutung der Ressourcen in den besetzten Gebieten. Aber wir kehren auch ermutigt zurück, weil wir unglaublichen Menschen begegnet sind. Menschen, die uns aufgezeigt haben, wie wichtig jede einzelne Stimme von uns gegen die Ungerechtigkeit dieses Konfliktes ist. Wir haben erfahren, wieviel das den Menschen der Westsahara bedeutet. Sie sind gestärkt, weil sie wissen, in uns neue Verbündete für ihren Kampf gewonnen zu haben. ◀



Die Alphabetisierung ist der Polisario wichtig. Deshalb liegen die Sahauris laut Studie der Afrikanischen Union auf Platz zwei im Vergleich mit den afrikanischen Ländern. 80 Prozent der Jugendlichen besitzen einen Studienabschluss. Schon die Jüngsten, wie hier auf dem Bild, beherzigen den alten Ratschlag: Lernen, lernen und nochmals lernen.

Handel mit Drogen angeworben zu werden, ist sehr hoch. Dagegen setzt die Polisario auf gute Bildung. Die beginnt bereits früh mit Vorschulklassen. Mit einfachsten Mitteln werden pädagogische Hilfsmittel gebastelt und einfache Lehmwände kindgerecht gestaltet. Die Alphabetisierung der Sahauris liegt laut Studie der Afrikanischen Union auf Platz zwei im Vergleich mit den afrikanischen Ländern. 80 Prozent der Jugend besitzt einen Studienabschluss, berichtete uns

nicht den Anschluss an die allgemeine Entwicklung verliert. Die Kinder sollen Flugzeuge, Schiffe, aber auch Seen und Bäume nicht nur aus Erzählungen kennen. Alle diese Vorhaben sind jedoch nur über Spenden und die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen möglich. Leider, so wurde uns in vielen Gesprächen immer wieder mitgeteilt, spielt Deutschland in der internationalen Solidaritätsbewegung fast gar keine Rolle. Wir sind mit dem Versprechen zurück nach

Der erste Schritt zur Zensur

Warum DIE LINKE sich gegen die geplanten Uploadfilter für Online-Plattformen stellt
VON SUSANNE LANG

Manchmal kippt ein anscheinend aussichtsloser Dauerprotest und nimmt plötzlich Fahrt auf, wächst über sich und den Kreis der ursprünglich Protestierenden hinaus, schwappt in andere Kreise und wird zum Massenprotest. Das geschah bei den Protesten gegen das Anti-Piraterie-Abkommen (ACTA) im Jahr 2012. Im letzten Moment, und für viele unerwartet, konnte die Abstimmung im Europaparlament gewonnen und das Abkommen verhindert werden. Wer die aktuelle Diskussion über die europäische Urheberrechtsreform verfolgt, könnte sich daran erinnern fühlen. Menschen reden in der U-Bahn über Uploadfilter, die Tagespresse diskutiert die Auswirkungen des Gesetzes auf die Meinungsfreiheit, bundesweit finden viele, kleinere und größere Demonstrationen statt. Auch dieses Mal geht es um die Rechte der sogenannten Verwerter: Verlage, Dienstleister, Verwertungsgesellschaften wollen ein grü-

beres Stück vom Kuchen. Worum geht es eigentlich?

Alles begann im September 2016. Auf Initiative der deutschen Verlagslobby, von Axel Springer über Bertelsmann bis Burda, hatte der damalige Digitalkommissar Günther Oettinger den Gesetzesentwurf in seiner ursprünglichen Form vorgeschlagen. Die beiden wesentlichen Ziele der Reform: In Artikel 11 geht es um die Einführung des in der Bundesrepublik heftig umstrittenen Leistungsschutzrechts für Presseverlage auf Europäischer Ebene. Damit wollen sich die deutschen Verlage in erster Linie eine Vergütung von Google und anderen US-Amerikanischen Internetriesen für die angebliche Zweitverwertung der von ihnen produzierten Inhalte. Gemeint sind damit die Vorschauergebnisse in der Google-News-Anzeige, aber auch in der Suche. Gemeint sind aber auch alle anderen im weltweiten Netz, die auf Inhalte der Presseverlage verlinken und diese dabei zitieren. Die

Idee der Verlage: Nicht nur Urheber haben ein Recht auf Vergütung, sondern auch sie selbst, und zwar am liebsten ab dem ersten Satz. Dieses Gesetz würde eigentlich nur den jeweiligen nationalen Verlagsriesen nützen, wenn überhaupt. Darum sollte es auch in der Bundesrepublik wieder abgeschafft werden.

Kleine Plattformen vor dem Aus

Das zweite Ziel der Reform beschreibt Artikel 13: Alle Online-Plattformen sollen verpflichtet werden, bei ihnen hochgeladene Inhalte automatisiert auf Urheberrechtsverletzungen zu scannen. Alle Inhalte bedeutet: Text, Bild und Ton. Dadurch wären Diskussionsforen genauso betroffen wie YouTube. Uploadfilter werden ja bereits von IT-Riesen wie Google eingesetzt. Nutzerinnen und Nutzer wissen, dass die Datenriesen oft sehr schlecht filtern. Satire von Urheberrechtsverlet-

Anzeige

nd

► SOZIALISTISCHE
TAGESZEITUNG

EUROPA

IM SALON

ON TOUR

12.4. Martina Michels in Frankfurt/M.
Macht und Ohnmacht der Regionen
18:30 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5
60313 Frankfurt/Main

3.5. Martin Schirdewan in Jena
Digitalsteuer: Friendly Fire aus Berlin
18:30 Uhr, Volkshaus Jena, Carl-Zeiss-Platz 15
07743 Jena

www.dasND.de/EuropaOnTour

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

Vereinte Europäische Linke • Nordische Grüne Linke
FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT



GUE/NGL
www.guengl.eu

PARLAMENT IGNORIERT DIE PROTESTE

zung zu unterscheiden, ist für Maschinen nicht leicht. Auch wenn die Filter gut funktionieren, ist der Betrieb aufwendig und teuer – für viele kleinere Foren würde ein Einsatz wirtschaftlich nicht in Frage kommen und das Aus bedeuten. Doch die bedeutendere Kritik an den Uploadfiltern ist die strukturelle: Es würde das Internet in der Art verändern, dass faktisch niemand mehr etwas posten kann, was vorher nicht durchleuchtet wurde. Heute sind es Urheberrechtsverletzungen, morgen vermeintliche Terrorinhalte oder Fake News. Sobald die Filter da sind, ist die unkontrollierte Meinungsäußerung vorbei. Dass diese Befürchtung nicht unbegründet ist, zeigt der derzeit verhandelte Verordnungsentwurf der EU-Kommission, der die Verbreitung terroristischer Inhalte im Internet verhindern soll. Auch hier sind Uploadfilter vorgesehen, um mutmaßlich terroristische Inhalte zu löschen.

Die Entscheidung fiel 2018

Noch vor der Europawahl Ende Mai wurde über die beiden Vorhaben im Europaparlament abgestimmt. Doch die Entscheidungen sind bereits vorher gefallen. Im September 2018 wurde im Europaparlament bereits die grundsätzliche Richtung des Gesetzes festgelegt: Die umstrittenen Artikel 13 (Uploadfilter) und Artikel 11 (Leistungsschutzrecht) wurden hier bereits angenommen. Eigentlich sollte es jetzt nur noch um Korrekturen gehen. Denn der Europarat, die Vertretung der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten, stimmte dem Vorschlag des Europaparlaments nicht zu, sonst wäre der Vorschlag vermutlich längst Gesetz geworden. Vor allem Frankreich und Deutschland konnten sich nicht einigen, denn ihnen ging der Vorschlag nicht weit genug. Dadurch zog sich der Trilog, eine Art Vermittlungsausschuss zwischen Europarat

Am 26. März stimmte das EU-Parlament für den umstrittenen Entwurf zum Urheberrecht. Auch der fragwürdige Artikel 13, der nun unter Artikel 17 firmiert, fand in Straßburg eine Mehrheit. Der Artikel besagt, dass urheberrechtlich geschützte Werke – wie Liedtexte oder Filmausschnitte – nicht auf einer Plattform veröffentlicht werden dürfen, wenn der Betreiber keine Lizenz dafür besitzt. Bislang mussten Plattformen wie YouTube erst reagieren, wenn sie auf vermeintliche Urheberrechtsverletzungen hingewiesen wurden. Damit zeigte sich das Parlament unbeeindruckt von den Protesten gegen die Reform. Allein am Wochenende vor der Abstimmung gingen in ganz Europa 200.000 Menschen gegen die Reform auf die Straße. Die Europaabgeordnete der LINKEN, Martina Michels, zog eine bittere Bilanz: »Naive Technikgläubigkeit und härtester Lobbyismus von Springer & Co. haben dazu geführt, dass wir jetzt mit einer Richtlinie konfrontiert sind, die die Meinungsfreiheit bedroht, die Medienpluralität einschränkt und den meisten Kreativen keinen Cent mehr bringen wird.«



Foto: Pixabay

und Europaparlament, in die Länge. Im Februar 2019 gab es dann eine Einigung und die Verschärfung des Artikels 13, der die Uploadfilter definiert. Alle Plattformen, auf denen irgendein Inhalt hochgeladen werden kann, sollen zur Installation von Uploadfiltern verpflichtet werden. Einzige Ausnahme sind Webseiten, die jünger sind als drei Jahre, einen Jahresumsatz von weniger als zehn Millionen Euro und weniger als fünf Millionen Nutzer pro Monat haben.

Die LINKEN in Bundestag und Europaparlament lehnen das Vorhaben ab. So heißt es in einer Erklärung der Bundestagsfraktion: »Uploadfilter sind völlig ungeeignet, urheberrechtlich erlaubte von unerlaubten Nutzungen zu unterscheiden. Kein Computerprogramm kann den Kontext eines Werkes so einordnen, dass es etwa eine Parodie oder ein urheberrechtlich zulässiges Zitat erkennen kann. Die praktischen Erfahrungen mit dem begrenzten Einsatz von Uploadfiltern auf Plattformen wie Youtube oder Facebook bestätigen diese Probleme«.

Auch die geplante Reform des Urheberrechts fällt bei der LINKEN durch: »Nicht nur hat es keinerlei Einnahmen generiert, es hat die Marktposition von Google gegenüber kleineren Nachrichtenaggregatoren sogar gestärkt. Die jetzt drohende Version ist aber in einem Punkt noch deutlich weitergehend: Sie bezieht sich, anders als das deutsche Leistungsschutzrecht, nicht nur auf Suchmaschinen. Damit würde in Zukunft bereits das Zitieren von journalistischen Inhalten zu einem rechtlichen Risiko. In Zeiten, in denen wir auf qualitativ hochwertigen Journalismus und seine möglichst weite Verbreitung angewiesen sind, wäre dies nahezu fatal«, urteilt die Linksfraktion. ◀

Susanne Lang arbeitet im Bereich Kampagnen/Parteientwicklung in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN



Foto: Martin Heinlein

■ ■ **Passau.** DIE LINKE. Bayern lud zum alljährlichen politischen Aschermittwoch ein. Am 6. März strömten die Gäste in Passau an Bord der »MS Linz«. Obwohl Gregor Gysi kurzfristig wegen Krankheit absagen musste, kamen die Besucherinnen und Besucher voll auf ihre Kosten. Mit bissigem Humor, Schlagfertigkeit und spitzer Zunge attackierten die Landessprecherin der LINKEN Bayern, Eva Bulling-Schröter, die stellvertretende Parteivorsitzende und Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag, Janine Wissler, und der bayrische Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Energie im Bundestag, Klaus Ernst, die politischen Gegner. Doch es gab auch ernste Töne. »Die Welt ist in Aufruhr. Nur eine starke Linke in Europa kann die Dinge in den Griff

bekommen«, sagte Klaus Ernst. Eva Bulling-Schröter forderte, »Hartz IV muss weg« und ein Rentensystem wie in Österreich, in das alle einzahlen.

■ ■ **Berlin.** Sahra Wagenknecht hat am Montag, den 9. März, gegenüber dem Fraktionsvorstand erklärt, im Herbst aus gesundheitlichen Gründen nicht wieder als Fraktionsvorsitzende antreten zu wollen. Ihren Rückzug aus der von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine initiierten Initiative »aufstehen« gab Sahra Wagenknecht am Tag zuvor in der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« bekannt. Katja Kipping und Bernd Riexinger, Vorsitzende der LINKEN, äußerten Respekt für die Entscheidung und begrüßten, dass bis zu den Vorstandswahlen im Herbst Kontinuität an der Spitze der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag ge-

währt werde. Jörg Schindler, Bundesgeschäftsführer und Bundeswahlleiter, zeigte sich erfreut über die Zusage von Sahra Wagenknecht, DIE LINKE im Europawahlkampf und bei den wichtigen Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg, Thüringen und Bremen zu unterstützen.

■ ■ **Brüssel.** Die Mitglieder der Linksfraktion im Europäischen Parlament (GUE/NGL) fordern den Rücktritt von Parlamentspräsident Antonio Tajani. Dieser hatte sich wiederholt wohlwollend auf den Faschisten Benito Mussolini bezogen, zuletzt in einem Radiointerview mit dem italienischen Sender Radio 24. Mussolini habe auch »einige positive Dinge« getan und »Straßen, Brücken, Gebäude und Sportanlagen« gebaut, so der Rechtskonservative Tajani, der zu der Partei »Forza Italia« (Vorwärts

Italien) des italienischen Ex-Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi gehört. Die Fraktionsvorsitzende der GUE/NLG, Gabi Zimmer, sagte: »Der Faschismus, der für die dunkelsten Zeiten der italienischen und europäischen Geschichte verantwortlich ist, darf niemals relativiert werden. Das von den EU-Bürgerinnen und -Bürgern frei gewählte Europäische Parlament ist die Institution, die als Lehre aus den Zeiten des Hasses und Nationalismus gegründet wurde. Der Präsident dieser Institution muss ein Verteidiger der Demokratie und würdiger Repräsentant der Europäerinnen und Europäer sein. Mit seinen Worten über Mussolini hat Antonio Tajani eindeutig gezeigt, dass er dies nicht ist.«

■ ■ **Sachsen.** Der Landesvorstand der sächsischen LINKEN hat gemeinsam mit dem Spitzenkandidaten ein Kernteam zur Landtagswahl nominiert. Das Kernteam ist für die Landeslistenplätze 2, 3, 4 und 5 vorgeschlagen und besteht ausschließlich aus Frauen: Susanne Schaper, Antje Feiks, Sarah Buddeberg und Marika Tändler-Walenta. Zum Vorschlag erklärte Rico Gebhardt, Spitzenkandidat der Partei zur Landtagswahl: »Je rechter die Parteien, desto weniger Frauen in Parlamentsfraktionen und verantwortlichen Positionen. Deshalb ist mein Vorschlag, für das Kernteam ausschließlich Frauen zu wählen, auch eine direk-

Mehr ist manchmal weniger

te Antwort auf den Rechtstrend. Starke linke Frauen werden die Machtanmaßung rechter bzw. konservativer Männer in die Schranken weisen. Es geht um Gleichberechtigung und Solidarität statt Herabwürdigung und Spaltung. Das verkörpert dieses Spitzenteam, und dafür stehen die von mir vorgeschlagenen Frauen auch ganz persönlich und zugleich in einer Vielfalt, die die Gesellschaft widerspiegelt.«

■ ■ **Bremen.** DIE LINKE wirkt: Vier Jahre und mächtig Druck von LINKS brauchte es, nachdem die Bremer Koalition den Landesmindestlohn eingefroren hatte. Nun ist es soweit: Zum 1. Juli 2019 wird der Landesmindestlohn von 8,19 Euro auf 11,13 Euro erhöht. Claudia Bernhard, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft, zeigte sich erfreut über diesen Schritt: »Das ist ein starkes Signal, das wir begrüßen. Wir sagen klar: Das kann nicht das Ende vom Lied sein.« Der Beschluss der rot-grünen Koalition, den Landesmindestlohn von 8,19 Euro auf 11,13 Euro anzuheben, bleibt hinter der Beschlusslage der SPD zurück, die sich für 12,00 Euro ausgesprochen hat. Die LINKE fordert 12,63 Euro Mindestlohn, weil erst damit bei Vollzeit eine Rente oberhalb der Grundversicherung erreicht wird. In Bremen wird am 26. Mai eine neue Bürgerschaft gewählt. Alle drei Wahlpro-

Der entfesselte Spätkapitalismus in seiner jetzigen Form ist geprägt durch hemmungslosen Konsum. Das betrifft keinesfalls nur materielle Güter, wie Fast Food, Kleidung oder Drogen. In seiner Logik, alles zu Geld und Ware zu machen, erobert der Kapitalismus auch Sphären, in die man sich früher zurückzog, wenn man genug von ihm hatte. Und so besuchen seine Adepten nun Flatrate-Yogakurse und buchen den All-Inclusive-Urlaub im Aussteigerparadies. Unsere Sprache hat er auch tief durchdrungen. Da die Konsumenten immer mehr kaufen sollen, damit die Todesmaschinerie, die diesen Planeten zerstört, weiter laufen kann, müssen sie immer mehr wollen, als sie gerade haben. Damit sie tatsächlich mehr wollen, muss das Produkt mehr sein, als nur ein Schokoriegel, ein Schuh oder ein Stück Seife. Selbst banalste Dinge werden mit Bedeutung und Sinn aufgeladen, um sie mit Maximalprofit verhökern zu können. Und so ist es nur folgerichtig, dass das »Mehr« längst auch die Sprache der Politik durchdrungen hat. So stellte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron jüngst klar: »Europa ist mehr als ein Projekt«. Beim Grünen-Fraktionsvize Konstantin von Notz hinterlässt es »mehr als ein un gutes Gefühl«, wenn die Bundespolizei die Aufzeichnungen ihrer Bodycams auf Servern der US-Datenkrake Amazon speichert. Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus (CDU) hat auch mehr als ein un gutes Gefühl, wenn er die SPD mit Blick auf die jüngste sozialpolitische Kehrtwende warnt: »Das ist mehr als ein Linksruck«. Dieses »Mehr« ist bei Politikerinnen und Politikern so beliebt, weil es nicht mehr ist, als eine modern klingende Leerformel. Schließlich machen sich die wenigsten die Mühe, uns zu erklären, welches Gefühl sie denn tatsächlich beschleicht, wenn es mehr als un gut ist. Darum gilt nicht nur in der Fastenzeit: Weniger ist mehr.

Fabian Lambeck

DISPUT stellt sich allmonatlich den Sprechblasenfragen unserer Zeit. Dafür die kleine Sprachglosse.

gramme von SPD, Grünen und LINKEN fordern die Rückkehr zum Landesmindestlohn und eine deutliche Erhöhung.

■ ■ **Mecklenburg-Vorpommern.** Nach ansteigender Zahl von Masernerkrankungen erneuert DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern ihre Forderung nach einer Impfpflicht. »Masern sind keine Lappalie, sondern eine ernstzunehmende und gefährliche Krankheit mit einer hohen Ansteckungsgefahr. Es geht um den Schutz unserer Kinder und unserer Mitmenschen, sowohl hierzulande als auch im Ausland, beispielsweise im Urlaub«, so der Landesvorsitzende Torsten Koplin. Und weiter: »Wer seine Kinder impfen lässt, rettet Leben und verhindert Folgeschäden. Wir fordern daher weiterhin eine allgemeine Impfpflicht für die dringenden Impfempfehlungen des Robert-Koch-Instituts für alle Kinder bis 14 Jahre, es sei denn medizinische Indikatoren sprächen dem entgegen.« Die Landesvorsitzende Wenke Brüdgam kritisiert die Forderung der Grünen im Bundestag, anstatt einer Impfpflicht, die öffentlichen Gesundheitsdienste in die Pflicht zu nehmen: »Das ist realitätsfern und zeugt davon, dass sie keine Ahnung vom Zustand des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Flächenländern haben«. Die Gesundheitsämter leiden unter Personalmangel und schlechter Ausstattung.

Krasse Zeiten

Die 10. Frühlingsakademie der LINKEN geht der Frage nach, wie sich linke Mehrheiten organisieren lassen

Wir wollen vier Tage lang – vom 30. Mai bis 2. Juni 2019 – miteinander diskutieren, lernen, analysieren – und wenn die Köpfe rauchen, eine Runde in den Werbellinsee springen! Denn #wir-sindmehr: Das wurde in den vergangenen Monaten immer wieder sichtbar: in München, in Chemnitz, in Hamburg, in Berlin. Doch der Wind bläst scharf von Rechts, von oben regiert ein Programm der sozialen Kälte. Auf der politischen Bühne jagt ein Krisenereignis das nächste, die rasanten Umbrüche sind auch Ausdruck einer offenen geschichtlichen Situation: Wohin entwickelt sich un-

sere Gesellschaft? Das kann verunsichern. Nichtsdestotrotz lassen sich viele Menschen nicht entmutigen. Sie gehen für unteilbare Solidarität auf die Straße. Sie erheben ihre Stimme in den Betrieben, an den Unis, am Stammtisch oder im Wald. Die LINKE ist Teil dieser Bewegung der Vielen. Wie werden aus den Vielen noch mehr? Wie verbinden wir die zahlreichen Stimmen zu einer gemeinsamen Kraft? Welche Perspektiven, Sehnsüchte und Visionen einer besseren Welt teilen wir? Wie achten wir aufeinander, lernen voneinander, stärken solidarische Strukturen? Wie eignen wir uns die Partei an, verändern sie,

damit sie unser politisches Zuhause bleibt oder wird? Was können wir von linken Gruppen und Parteien aus anderen Ländern lernen? Direkt nach den Europawahlen wird es auch Zeit zum Austausch und Kräftesammeln geben. Der Anmeldeschluss für die Akademie ist am 2. Mai. Wer sich bereits in der ersten Runde angemeldet hat, muss das kein zweites Mal tun. ◀

Anmeldungen zur Frühlingsakademie über die Webseite der LINKEN. Dort bitte das Online-Formular ausfüllen und abschicken: <https://www.die-linke.de/partei/politische-bildung/bildungsveranstaltungen/anmeldung/>

Ich abonniere DISPUT

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich bestelle ab sofort Exemplar(e) der Zeitschrift DISPUT im

Halbjahresabonnement zum Preis von 12,00 Euro inkl. Versandkosten

Jahresabonnement zum Preis von 21,60 Euro inkl. Versandkosten

und nutze den vorteilhaften Bankeinzug

IBAN

BIC

oder bitte um Rechnungslegung (gegen Gebühr) an meine Adresse.

Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zeitraum, falls ich nicht 15 Tage (Poststempel) vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Datum, 1. Unterschrift

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass ich die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

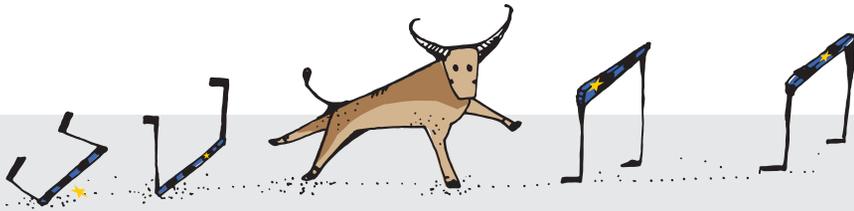
Datum, 2. Unterschrift

Wir verwenden Ihre Daten ausschließlich im Zusammenhang mit Ihrem Abonnement und geben sie nur an Dritte weiter, wenn dies zur Vertragserfüllung unbedingt erforderlich ist (Abonnement- und Adressverwaltung sowie Zustelldienst). Weitere Informationen zu den Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz. Wir bitten um Ihre Zustimmung.

Datum, Unterschrift

Coupon bitte senden an:
Partei Vorstand DIE LINKE, Redaktion DISPUT
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Bestellungen auch möglich unter: www.die-linke.de



Eine Sage sagt, dass vor 3000 Jahren der griechische Göttervater Zeus erfuhr, dass in Asien eine reizende Königstochter mit Namen Europa lebt. Da Zeus bei solchen Tipps schnell in Wallung kam, verwandelte er sich sofort in einen starken Stier, trabte ins ferne Asien, fand das Mädchen und lud sie ein, mit ihm einen Ritt zu machen. Und schon trug er sie bis in seinen Palast auf Kreta. Dort fragte sie erstaunt: »Wo bin ich hier?« Worauf er sagte: »Dieser Erdteil ist mein Königreich. Doch wenn du mich liebst, soll er fortan deinen Namen tragen – Europa!« Noch heute zeigt die griechische Zwei-Euro-Münze den Stier mit dem Mädchen auf seinem Rücken, obwohl Griechenland von der Sparpolitik der Europäischen Union ziemlich gerädert wurde.

Doch nun soll es ja einen Neuanfang der EU mit anderen Spielregeln geben. Denn Großbritannien möchte abspringen, weil es sich in seiner Souveränität als Großmacht zu oft verletzt fühlte. Frankreich als große Nation hat auch neue Regeln entworfen. Deutschland litt über ein Jahr an innenpolitischem Schüttelfieber, möchte aber den künftigen Kaiser für die EU-Kommission in Brüssel stel-

len. Rom ist von einer »Braunfäule« erfasst. Ungarn und Polen möchten nicht nach der Pfeife der Europa-Kommissare tanzen. Die Balten betteln um NATO-Schutz. Die Ultra-Rechten aller Länder üben Kumpanei. Und die Tweets von Trump wirbeln den ganzen Haufen kräftig durch. 751 Abgeordnete aus 183 nationalen Parteien im Europa-Parlament sind in acht Fraktionen gebündelt. Aber die Strippe ist dünn. Die Europäische Linke stellt 52 Mandatsträger, darunter 7 aus Deutschland. Die haben es oft mit vielerlei An- und Absichten zu tun. Und trotzdem wollen unsere paar »Toreros« den »ungebändigten Stier« in neue Bahnen lenken.

Wir sind nicht gegen ein »Haus Europa«, aber dieses Haus soll keine Kaserne für 28 sprungbereite NATO-Staaten sein. Die Militarisierung der Außenpolitik lehnen wir ab. Auch wenn die EU im Schoß der Marktwirtschaft gewachsen ist, dürfen die größten und gierigsten Konzerne nicht den »Rat der Götter« bilden. Die Lebensinteressen der 500 Millionen Normalbürger müssen Vorrang haben. Wir brauchen nicht stärkere Waffen, sondern bessere Schulen. Nicht fragwürdige Vorschriften, sondern soziale Hilfen. Statt Knebel für Geringverdiener, Höchststeuern für die Großverdiener. Kein Anheizen der Klimakatastrophe sondern Abstrafung der Verursacher. Wer den Rechtstrend in Europa stop-

pen will, muss LINKS wählen! Mit 70 Stimmen hätten wir mehr Einfluss als mit 7.

Natürlich wird der Stier mit den Hufen scharren, wenn die Linken mit roten Westen kommen. Aber er wird sich bewegen, wenn wir uns vereint bewegen.

Kann sein, dass die konservative Mehrheit im EU-Parlament den Münchener CSU-Mann Weber zum Hausherrn macht. Seehofer hat seinen Sekt schon kalt gestellt. Aber viele Europäer fürchten, dass Deutschlands ökonomische Stärke schnell in politischen Größenwahn umschlägt. Und wenn der Mann im Weißen Haus nach Art der Nashörner ruft: »Hoppla, jetzt komm ICH!«, dann ist Europa zu klein und zu dicht besiedelt, um die Rhinozerosse aufzuhalten. Dazu drei Zahlen: Erdbevölkerung 7,4 Milliarden – Deutschland = 1,4 Prozent. Der eurasische Block mit China und Russland, der Mongolei und Nordkorea hat fast 2 Milliarden Einwohner, hat alle kostbaren Rohstoffe, ein starkes Wachstum und eine solidarische Grundhaltung als Reich der kleinen Leute. Wenn sich der Stier Europa auf die chinesische Seidenstraße zubewegen würde, hätten wir eine glückliche Zukunft als Drehscheibe des Handels. Als Prellbock der Supermächte landen wir im Staub.

JENS JANSEN

Der Stier
und die
Toreros

Illustration: Ale Sund

München, April 1919

Vor 100 Jahren wurde in Bayern eine Räterepublik ausgerufen und nach wenigen Wochen blutig niedergeschlagen **VON RONALD FRIEDMANN**

Bayern war vorangegangen: Schon am 8. November 1918, einen Tag, bevor in Berlin der Kaiser abdanken musste, war das vormalige Königreich Bayern zur Republik geworden. Kurt Eisner (USPD) hatte die Absetzung des Königs verkündet und den »Freistaat Bayern« proklamiert. Die bayerischen Arbeiter- und Soldatenräte wählten ihn noch am selben Tag zum Ministerpräsidenten. Doch auch Eisner setzte, wie seine Genossen in Berlin, nicht auf die Räte als Organe der Revolution, sondern er strebte die schnelle Etablierung eines parlamentarischen Systems an. Bei den Landtagswahlen am 12. Januar 1919 erlitten Eisner und seine USPD eine verheerende Niederlage. Am 21. Februar 1919, auf dem Weg zur konstituierenden Sitzung des bayerischen Landtags, wo er seinen Rücktritt als Ministerpräsident erklären wollte, wurde Kurt Eisner von einem rechtsradikalen Studenten erschossen. In dieser Situation übernahm der vom Rätekongress eingesetzte Zentralrat der bayerischen Republik die exekutive Gewalt, um ein Machtvakuum zu verhindern. In den folgenden Tagen spitzten sich die Auseinandersetzungen zwischen Anhängern des Räteystems und der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung dramatisch zu. Am 4. März 1919 konnte der Rätekongress noch die Bildung einer Koalitionsregierung aus SPD, USPD und Bauernbund verhindern. Doch am 17. März 1919 wählte der Landtag gegen das Votum der Räte Johannes Hoffmann (SPD) zum Ministerpräsidenten. Als Antwort darauf riefen der Zentralrat der bayerischen Arbeiter- und Soldatenräte und der revolutionäre Arbeiterrat am 7. April 1919 die »Räterepublik Baiern« aus, die allerdings weitgehend auf München beschränkt blieb. Die USPD-Minister schieden aus der Landesregierung aus und schlossen sich der Rätebewegung an. Die Führung hatten zunächst pazifistische und anarchis-

tische Intellektuelle wie Ernst Toller, Erich Mühsam und Gustav Landauer übernommen. Einen wirklichen Plan zur revolutionären Umgestaltung Bayerns hatten sie allerdings nicht.

Die Regierung von Ministerpräsident Hoffmann war nicht wirklich entmachtet. Sie flüchtete nach Bamberg und mobilisierte von dort aus rechtsextreme Freikorps zur Niederschlagung der Räterepublik. Erster Höhepunkt der konterrevolutionären Aktionen war der sogenannte



Eugen Leviné war einer der führenden Köpfe der Rätebewegung

Palmsonntagsputsch am 13. und 14. April 1919, gerade einmal eine Woche nach Errichtung der Räterepublik. Doch der Münchner Roten Garde unter dem Kommando von Rudolf Egelhofer gelang es, den Putsch abzuwehren. In der Folge radikalisierte sich die Rätebewegung. Eugen Leviné und Max Levien, wie auch Egelhofer, waren Mitglieder der erst wenige Monate zuvor gegründeten Kommunistischen Partei und übernahmen nun

die Führung. Egelhofer selbst wurde Stadtkommandant von München. Nun griff auch die Reichsregierung in Berlin ein. Bereits am 17. April 1919 befahl der sozialdemokratische Reichswehrminister Gustav Noske die Entsendung regulärer Truppen. Damit drohte Bayern ein blutiger Bürgerkrieg. Im Aktionsausschuss, dem Führungsgremium der Räterepublik, entbrannten heftige Auseinandersetzungen um das weitere Vorgehen. Angesichts der hoffnungslos erscheinenden Lage forderte ein Teil der Mitglieder Verhandlungen mit der Regierung in Bamberg, um größeres Blutvergießen zu verhindern. Am 27. April 1919 trat der Aktionsausschuss unter Führung von Leviné zurück, es bildete sich umgehend ein neuer Aktionsausschuss, an dessen Spitze nun Toller stand. Doch die Verhandlungen mit der Regierung in Bamberg scheiterten – Hoffmann wollte nur die vollständige und bedingungslose Kapitulation der Revolutionäre akzeptieren.

Am 30. April 1919 begann in den Münchener Vororten die Offensive der Regierungstruppen und der Freikorps. Der erdrückenden militärischen Übermacht ihrer Feinde konnte sich die Räterepublik nicht mehr erwehren, am 2. Mai 1919 endete der Widerstand. Dem blutigen Rachezug, der nun folgte, fielen innerhalb weniger Tage mehr als zweitausend Menschen zum Opfer. Rudolf Egelhofer wurde am 3. Mai 1919, bereits nach Ende der Kämpfe, standrechtlich erschossen. Gegen Eugen Leviné erging ein »reguläres« Todesurteil. Er wurde am 3. Juni 1919 ermordet. In seiner Erklärung während des Prozesses hatte er festgestellt: »Wir Kommunisten sind alle Tote auf Urlaub, dessen bin ich mir bewußt. Ich weiß nicht, ob Sie mir meinen Urlaubschein noch verlängern werden, oder ob ich einrücken muß zu Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. [...] Die [revolutionären] Ereignisse [aber] sind nicht aufzuhalten!« ◀



»Dark Eden« beleuchtet die dunklen Seiten der kanadischen Ölsandförderung. Er lässt Menschen zu Wort kommen, die vom System profitieren und doch an ihm leiden. Foto: W-Film

■ Dark Eden

Die Schallkanonen auf dem See sollen die Vögel abschrecken. Denn sobald sie sich aufs chemieverseuchte Wasser setzen, sterben sie. Wir befinden uns in Fort McMurray, dem Zentrum der kanadischen Erdölförderung. Hier liegt eines der größten Ölsandvorkommen der Welt. Es ist eine isolierte Welt der Arbeit, der Verdienst ist gut: Das hohe Einkommen sorgt dafür, dass hier Menschen aus aller Herren Länder arbeiten. »I love oil sands« lautet die Aufschrift auf den T-Shirts, die die Menschen hier tragen. Eigenheim, zwei Autos vor der Tür, intelligenter Kühlschrank: So gut wie hier geht es den Menschen nicht überall. Regisseurin Jasmin Herold hat sich nach hier verliebt. Michael Beamish, ihr Partner, leidet – wie viele andere – an Krebs. Die Arbeit im Chemiepark hat ihn krank gemacht.

Schallkanonen gab es für ihn nicht. Das ist die andere Seite des Paradieses, die dunkle. Herolds Film »Dark Eden« wirft einen konzentrierten Blick auf die Zerstörung der Lebensgrundlagen durch die Industrie. Sie setzt fliegende Kameras und andere Techniken ein, die – ein Paradox der cineastischen Wirklichkeit – Produkte eben jener hochentwickelten Industrie sind, die es nur gibt, weil die Natur rücksichtslos ausgebeutet wird. Gerade deswegen bietet der Film eine bildgewaltige Optik: Von oben sieht das Gelände schon so tot aus, wie es Michael und manche seiner Kollegen bald sein werden. Die Arbeiter haben einen mitunter zynischen Blick auf ihre Stadt: Wie zum Trotz fahren sie extra dicke Spritfresser. »Um die Maschine am Laufen zu halten, geht die ganze Welt drauf«, sagt Beamish. Ein weiteres Paradoxon. »Dark Eden« zeigt, wie es funktioniert.

→ Kinostart: 11. April 2019

■ Streik – En Guerre

Auch »Streik« von Stéphane Brizé ist ein Industriefilm. In einer strukturschwachen Region Frankreichs ist der Autoteilezulieferer Perrin der einzige größere Arbeitgeber. Vor zwei Jahren gab es ein Abkommen mit dem deutschen Mutterkonzern: Die Belegschaft nimmt Lohnkürzungen in Kauf, dafür ist die Arbeit für die nächsten fünf Jahre gesichert.

Aber es dauert nicht lange, da sind die Pläne nur noch Luft. Das ansich profitable Werk soll geschlossen werden, da es innerhalb des Firmengeflechts eine Konkurrenz darstellt. Die Arbeiter, allen voran die gewerkschaftlich organisierten Kräfte um den energiegeladenen Laurent, wollen das nicht kampflos hinnehmen. Die Kredite laufen, Arbeit gibt es sonst keine, manchen droht gar die Obdachlosigkeit. Laurent legt sich mit allen an – Politik, Wirtschaft und sogar den Mitstreitern. Mit Streiks und Protestaktionen zwingen sie den deutschen Konzernchef an den Verhandlungstisch. Der Wunsch, Einigkeit und Solidarität herzustellen, wird für Laurent zur Lebensaufgabe.

»Streik« ist eine zweistündige, naturgetreue Abbildung eines harten Arbeitskampfes. Ein sehenswertes Gewaltpos, das wie ein Kommentar zur »Gelb-Westen«-Bewegung wirkt.

→ Kinostart: 25. April 2019



EIN HAUS MIT
ALTEN UND
NEUEN
BEWOHNERN

GELESEN VON
INGRID FEIX

RAUBKUNST

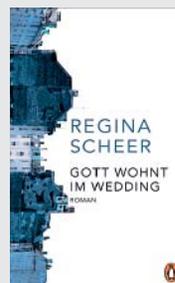
»Bei allen Objekten aus kolonialen Kontexten, deren rechtmäßiger Erwerb oder Eigentum des über das Kulturgut Verfügenden nicht nachweisbar ist, muss eine Restitution an die ehemaligen Eigentümer oder Nachkommen angeboten werden«, erklärt Brigitte Freihold, Experte für Erinnerungspolitik der Fraktion DIE LINKE, anlässlich des Treffens der Kulturminister der Länder und der Staatsministerin für Kultur und Medien zum Umgang mit kolonialem Erbe. Freihold weiter: »Der heutige Eigentumsbegriff des Bürgerlichen Gesetzbuches erfasst nur bedingt die kulturgüter-spezifische und historische Bedeutung der geraubten Kulturgüter. Ein Restitutionsgesetz muss mit den tradierten Rechtsvorstellungen brechen, die für gewöhnlichen Mobiliarerwerb gelten und diese durch entsprechende Sonderregelungen für koloniale Kunst- und Kulturgüter ersetzen.«

FRAUENKULTUR

Mit einer Großen Anfrage zur Frauenförderung in der Kultur hat sich DIE LINKE an den Bremer Senat gewandt. Miriam Strunge, kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, kommentiert die Senatsantwort: »Der Senat hat im Bereich der Frauenförderung im Kultursektor schon einiges auf den Weg

Die Autorin Regina Scheer hat sich viele Jahre mit der jüdischen Geschichte Berlins beschäftigt. Verdienstvoll sind ihre Recherchen über Kinderheim Ahawah und die jüdische Mädchenschule oder die Biografie der Familie des Malers Max Liebermann. Auch ihr Buch über die Geschichte des 1882 gegründeten »Vereins an Arbeitslosen«, der in der »Schrippenkirche« im Berliner Wedding für Obdachlose ein Frühstück bereithielt, ist lobenswert. In den Wedding führt nun auch ihr zweiter Roman, in dem Familien- und Stadtgeschichten zusammengeführt werden. Leo Lehmann kommt nach über 70 Jahren wieder nach Deutschland, wegen einer Rückübertragung des jüdischen Besitzes. Einst als Jude verfolgt, musste er in seiner Heimatstadt untertauchen und zusehen, wie sein Freund in dem Haus im Wedding verhaftet wurde. Nach dem Krieg ging er nach Israel. In dem Wedding Haus lebt seit ihrer Geburt Gertrud Romberg, in deren Wohnung jener Freund verhaftet wurde und die als inzwischen älteste Bewohnerin von den rüden Methoden neuer Inverstoren betroffen ist, die die Einwohner aus dem Haus haben wollen, um ihre Luxuspläne zu verwirklichen. Und da ist die Geschichte der im Haus lebenden Nachbarn, Ausländer und Flüchtlinge. Besonders die Geschichte der Sinti-Familie der in Polen geborenen und längst integrierten Laila Fidler ... Was da romanhaft erzählt wird, hat es alles gegeben, auch den erstochenen Hitlerjungen Walter Wagnitz. Dass allerdings auch das Haus in Persona seine Geschichte erzählt, ist doch etwas zu viel des Guten und verstärkt den ein wenig zu rührselig geratenen Grundton des Romans, der dennoch viel über Geschichte und Gegenwart in einem Berliner Problembezirk berichtet.

Regina Scheer
Gott wohnt im Wedding
Roman
Penguin Verlag
416 Seiten, 24,- Euro



gebracht, Frauen sind dort heute besser repräsentiert als noch vor zehn Jahren. Das ist erfreulich und es ist schön zu sehen, wie viel spannende Kunst und Kultur in Bremen von Frauen produziert wird. Gleichzeitig bleibt aber auch noch einiges zu tun. Nach wie vor werden mehr Anträge zur Förderung von Kulturprojekten von Männern gestellt. Um dies zu ändern, muss vor allem bei der Nachwuchsarbeit angesetzt werden. Der Senat verspricht zwar ein Förderkonzept für Frauen in der Kultur, das ist aber noch unkonkrete Zukunftsmusik. Bremen braucht eine systematische, fest verankerte und auskömmlich finanzierte Nachwuchsförderung von Künstlerinnen.«

SPRACHLOS

Dem Sprachschwerpunkt Russisch am Institut für Angewandte Linguistik und Translatologie der Universität Leipzig droht das Aus. Dagegen protestieren nicht nur Studierende. René Jallaß, hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, erklärt dazu: »Die Studierenden haben mit ihrer Petition an das Rektorat der Uni Leipzig darauf hingewiesen, dass es im Fall der Abschaffung ihres Sprachschwerpunkts keine Ausbildungsstätte für Russischdolmetscher*innen und -übersetzer*innen in den neuen Bundesländern mehr gibt.

Wer an Thüringen denkt, mag viele politische Problemstellungen im Blick haben. Vielleicht kommt politisch interessierten Beobachterinnen und Beobachtern nach Pressemeldungen über die Studie des IWH Halle erst einmal Abwanderung aus dem ländlichen Raum in den Sinn. Damit verbunden sind Herausforderungen wie die Sicherung öffentlicher Infrastruktur und wirtschaftlicher Strukturen. In einem Bundesland mit gerade einmal zwei Städten, in denen mehr als 100.000 Menschen leben (Erfurt, Jena), liegt diese Perspektive auf der Hand. Weniger nahe liegend war für viele, warum ich als Landes- und Fraktionsvorsitzende im Januar auch für Thüringen die Idee eines Mietendeckels ins Spiel brachte. Seitdem loten das Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft und unsere Landtagsfraktion rechtliche Möglichkeiten aus. Ein Austausch mit Rot-Rot-Grün in Berlin ist selbstverständlich.

Um die Verwunderung abzuschütteln, lohnt ein genauerer Blick. Denn unter dem Radar blieb in der Vergangenheit, dass auch in Thüringen in bestimmten Regionen Mietpreise deutlich steigen und die Versorgung mit Wohnraum zu einer zentralen politischen Fragestellung geworden ist. Der im Auftrag des links geführten Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft erstellte 2. Wohnungsmarktbericht bestätigt dies. Es zeigt sich, was die Stadtforscherin Susanne Heeg vor einigen Jahren beschrieb: Nach den Großstädten werden nun die mittleren Städte zum Spekulationsobjekt von Anlegerinnen und Anlegern und Wohnungskonzernen wie Vonovia. Thüringer Städte finden sich bei Immobilienrankings immer wieder auf den vorderen Plätzen.

Natürlich zeigt sich die Anspannung am Wohnungsmarkt in Thüringen nur regional. Während in Jena der Quadratmeterpreis bei im Schnitt 7,41 Euro liegt, sind es in Erfurt 7,00 Euro und in Weimar 6,99 Euro. Während dort relativ hohe Mietpreise für eine Referenzwohnung anfallen und vor allem von

2008 bis 2018 – besonders im Neubau – stark anstiegen (Weimar plus 37 Prozent und Erfurt plus 35), fielen sie in anderen Regionen. Aber Schrumpfen und Wachstum bedingen sich. Gerade mit dem Strukturwandel im ländlichen Raum werden städtische Zentren und Regionen, die ihre Infrastruktur sichern können, für Menschen attraktiver. Wohnungsüberhängen in vielen Regionen stehen dementsprechend Wohnungsbedarfe vor allem in Erfurt, Mittel- und Westthüringen sowie in Jena gegenüber.

Die Thüringer Wohnungsfrage wird zudem durch die weiterhin vergleichsweise geringe Entlohnung vieler Beschäftigter geprägt. Bereits jetzt sind Teile der Bevölkerung sehr stark durch Mietzahlungen belastet. Hierzu gehören insbesondere kleine Haushalte, etwa von Senioren, Alleinerziehenden, Arbeitslosen, Studierenden oder auch Auszubildenden. Mehr als jeder vierte Thüringer Haushalt wendet über 30 Prozent seines Haushaltseinkommens für die Miete auf. In Städten wie Erfurt, Weimar und Jena sind dies weit mehr. Und die Entwicklung wird so weiter gehen. Allein in Erfurt – einer wachsenden Stadt – werden laut 2. Thüringer Wohnungsmarktbericht bis 2030 mindestens 13.000 neue Wohnungen benötigt. Die Nachfrage steigt und damit geht die Preistreiberei weiter. Mit dem Mietendeckel könnten wir hier eingreifen. Hinzu kommen kommunale Unternehmen, die sich nur in lukrativen Marktsegmenten tummeln wollen. Dank dieser Unternehmenspolitik gehen Wohnungen in Sozialbindung immer weiter zurück. Auch hier erhöhen wir den Druck: Das TMIL hat die Idee einer Landeswohnungsbau-gesellschaft wieder aufleben lassen, die mit den Fördermitteln selber tätig wird und das schafft, was Mieterinnen und Mieter brauchen: bezahlbaren Wohnraum. Diese Zahlen zeigen auch, dass steigende Mieten nicht nur ein Problem in Metropolen wie Berlin, Hamburg oder München sind. Längst haben auch die Menschen in ostdeutschen Städten wie Potsdam, Rostock oder eben Erfurt damit zu kämpfen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir unsere Mietenkampagne mit aller Kraft weiterführen.



SUSANNE
HENNING-WELLSOW

Thüringen braucht einen Mietendeckel

Foto: DIE LINKE

jüngeren Kriegsgeschichte veranschaulicht.³ Es handelt sich im Grunde um zehn Variationen des Themas »Wir sind die Guten – Ihr seid die Bösen«.

Greifen wir beispielhaft das 5. Prinzip heraus (Der Feind begeht mit Absicht Grausamkeiten ...). Die sogenannte Gräuelpropaganda war im Ersten Weltkrieg von überragender Bedeutung. Sie sagte dem Gegner die fürchterlichsten Kriegsverbrechen nach. Oft gab es dafür reale Anknüpfungspunkte. Die Deutschen etwa waren in Belgien für den Tod Tausender Zivilisten verantwortlich, hatten also tatsächlich gravierende Kriegsverbrechen auf dem Gewissen. Die Alliierten jedoch begnügten sich nicht mit der propagandistischen Ausschlichtung dieser Tatsachen. Das Bureau de la presse, das die Nachrichten in Frankreich kontrollierte, stieß Gräueltgeschichten in so hoher Frequenz aus, dass die Zeitungen sich gar nicht mehr die Mühe machten, sie jeweils mit Schlagzeilen zu versehen. Sie brachten sie Woche für Woche unter der immer gleichen Überschrift *Les Atrocités Allemandes* (Die deutschen Gräuelt).⁴ Im Laufe des Krieges wurde es schwieriger, die Moral und Kampfbereitschaft der Truppen aufrechtzuerhalten und für einen stetigen Nachschub an Rekruten, also Kanonenfutter, zu sorgen. Der propagandistische Zugriff wurde immer härter. Die Engländer, so der Journalist Robert Graves mit Blick auf das Jahr 1917, mussten dazu gebracht werden, die Deutschen mehr zu hassen als je zuvor.

Wie in Ponsonbys 8. Prinzip vermerkt, wurden Prominente, Künstler und Intellektuelle für die Sache des Krieges eingespannt, Arthur Conan Doyle zum Beispiel, H.G. Wells, George Bernard Shaw. Wer sich als Kriegsgegner zu erkennen gab (10. Prinzip) und sich entsprechend öffentlich äußerte, hatte hingegen Repressalien zu befürchten. Bertrand Russell wurde seines Postens als Dozent für Mathematik in Cambridge enthoben, sein Pass eingezogen, er durfte zu keiner öffentlichen Versammlung sprechen und verbrachte wegen eines aufrührerischen Artikels sechs Monate im Gefängnis.

Es ist interessant, dass Ponsonby nicht zwischen staatlicher Propaganda und Medienpropaganda unterscheidet. Warum auch? Während des Ersten Weltkriegs agierten beide Hand in Hand. Die Medien kooperierten nach Kräften bei der Verbreitung von Propa-

Ulrich Teusch

Der Krieg vor dem Krieg
Wie Propaganda über Leben
und Tod entscheidet

Westend Verlag
Frankfurt am Main
April 2019
224 Seiten, 18,00 Euro
ISBN 978-3-86489-243-1

